

# ZÜRCHER FREISINN

## Gemeinsam weiterkommen.

Individual-  
besteuerung  
unterschreiben!

### Aus der Krise in die Zukunft

Der Tourismus hat unter Corona stark gelitten. Claude Meier, Direktor von HotellerieSuisse, zeigt in seinem Gastbeitrag auf, wo die Schweizer Tourismusbranche ansetzen muss, damit sie gestärkt aus der Krise kommt. **Seite 15**

### Nein zum Mediengesetz

Das Medienpaket, das vom Parlament verabschiedet wurde, ist eine gravierende Fehlkonstruktion. Die überbordenden Subventionen für die Medien erschweren der Branche ihre Rolle als vierte Gewalt im Staat und hemmen Innovationen. Nationalrat Christian Wasserfallen zeigt auf, dass mit dem Gesetz insbesondere für Onlinemedien eine neue Subventionsmaschinerie geschaffen würde. **Seite 17**

### Ja zur Abschaffung der Stempelsteuer

Mit der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital will die FDP Investitionen in Schweizer Unternehmen erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Werkplatzes verbessern. FDP-Präsident Thierry Burkart erklärt, weshalb ein Ende dieser überholten Steuer nötig ist. **Seite 18**

### Länderübergreifender Austausch

Als Mitglied der Allianz der liberalen Parteien Europas tauscht sich die FDP regelmässig mit Gleichgesinnten aus anderen Ländern aus. Am letzten Kongress waren auch drei Mitarbeiter des Generalsekretariats dabei und informierten sich über neue Kommunikationsmöglichkeiten sowie die Chancen digitaler Kampagnen. **Seite 22**

## Machen wir es gemeinsam möglich

### Editorial von Hans-Jakob Boesch

Mit einem Zitat von Antoine de Saint-Exupéry (frz. Schriftsteller) «Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen» begrüße ich Sie ganz herzlich im neuen Jahr, in welchem wir mit vereinten Kräften vieles möglich machen können und auch werden. Wir befinden uns in der Umsetzung des Wahlkampfes 2022/23, die Weichen sind gestellt und wir haben unter anderem mit der Website [www.daran-arbeiten-wir.ch](http://www.daran-arbeiten-wir.ch) ein zentrales Instrument ins Leben gerufen, welches Ausdruck der neuen Wahlkampfstrategie der FDP Kanton Zürich ist. Weg von punktuellen, zeitlich beschränkten Wahlkämpfen, hin zu einem permanenten und vermehrt digitalen Wahlkampf, um potenzielle FDP-Wählerinnen und -Wähler mit auf die «liberale» Reise zu nehmen und um diese am «Wahltag» mobilisieren zu können.

### Ohne klare Ziele kein Erfolg

Die Kantonalpartei hat sich daher folgende Zielsetzungen für den permanenten Wahlkampf gesetzt: 1. Direkter Kontakt und Austausch mit den potenziellen Wählerinnen und Wählern; 2. «Earned Media» = mehr unbezahlte Berichterstattungen im redaktionellen Teil der klassischen Medien; 3. Ausbau unserer Themenführerschaft «Wirtschaft» und 4. Auffrischung unseres Images. Die



Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident FDP Kanton Zürich

Website [www.daran-arbeiten-wir.ch](http://www.daran-arbeiten-wir.ch) unterstützt uns bei diesem Vorhaben. Auf dieser finden sich Vorstösse, Ideen etc., welche von den liberalen Kräften in den verschiedensten Behördenämtern und von Vertretern der Ortsparteien im ganzen Kanton angestossen wurden.

Fortsetzung auf Seite 3

# Inhalt

- 3–9 Zürcher Freisinn
- 10/11 Bundespräsident Ignazio Cassis im Interview
- 12 Legislatur-Halbzeit in Bundesbern
- 13 Erfolgreiche Wahlen im Kanton Freiburg
- 14 Jungfreisinnige sammeln fleissig Unterschriften
- 15 Tourismus nach der Pandemie
- 16 Digitaler Sessionsrückblick
- 17 Nein zum Mediengesetz
- 18 Abschaffung der Emissionsabgabe stärkt KMU
- 19 Tabakwerbeverbotsinitiative schießt übers Ziel hinaus
- 20 Tierversuchsverbotsinitiative bedroht Forschung
- 21 Politik gehört auf die Strasse
- 22 ALDE-Workshop in Warschau
- 23 Vermischtes



Ja zur Individualbesteuerung:  
Jetzt Initiative unterschreiben!



## Wir übernehmen Verantwortung Gewichtige Entscheide zum Jahresanfang 2022

### Liebe Freisinnige

Ich hoffe, Sie sind gut ins neue Jahr gestartet, und ich wünsche Ihnen auf diesem Weg ein glückliches Jahr 2022 mit vielen liberalen Höhepunkten. Das Jahr 2022 ist zwar erst wenige Wochen alt, doch wir befinden uns bereits wieder mitten in intensiven politischen Debatten. Auch in diesem Jahr ist die Sicherung der Altersvorsorge für die FDP ein zentrales Thema. In der vergangenen Wintersession konnten wir die längst überfällige AHV-Reform verabschieden und bei der BVG-Reform erste wichtige Pflöcke einschlagen. Zur AHV-Vorlage hat Links-Grün bereits das Referendum angekündigt. Wir werden uns auch in den nächsten Monaten im Parlament und im Abstimmungskampf mit voller Kraft für eine nachhaltig finanzierte Altersvorsorge einsetzen. Die Renteninitiative bleibt eine wichtige Lösungsantwort auf eine der grössten politischen Herausforderungen unseres Landes.

### Abschaffung der Stempelsteuer ist überfällig

Die nächsten Abstimmungen stehen bereits vor der Tür. Die Abschaffung der Stempelsteuer ist ein wichtiges liberales Anliegen. Mit der Aufhebung dieser weltweit einzigartigen Steuer verschaffen wir Schweizer Unternehmen den nötigen Spielraum, um die Erhöhung des Eigenkapitals attraktiver zu gestalten und damit die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Gerade die Corona-Krise hat uns diese Notwendigkeit vor Augen geführt. Hingegen ist das Medienpaket überzogen. Die teils sinnvolle indirekte Medienförderung wurde massiv ausgebaut und durch die direkte Förderung von Onlinemedien erweitert. Letzteres ist nicht mit einer unabhängigen und liberalen Medienlandschaft vereinbar. An der Parteiprääsidentenkonferenz hat die FDP deshalb klar die Nein-Parole gefasst. Ebenfalls abzulehnen sind die Tabak- sowie die Tier-

und Menschenversuchsverbotsinitiative, da sie gegen elementare liberale Grundsätze verstossen und die bestehende Gesetzgebung ausreicht. Auf den Seiten 17 bis 20 können Sie mehr zu den Abstimmungen nachlesen.

### Liberales Feuer für kantonale Wahlen

Im März finden kantonale Wahlen in Bern, Waadt, Obwalden und Nidwalden statt. Die FDP-Kantonalparteien befinden sich bereits in einem engagierten Wahlkampf. Sie setzen alles daran, dass die freisinnigen Kandidatinnen und Kandidaten positive Ergebnisse erzielen. Im Kanton Freiburg ist dies im Herbst hervorragend gelungen. Die FDP wurde zweitstärkste Partei und bestätigte die zwei Sitze im Staatsrat mit starken Resultaten. Mehr zu den erfolgreichen Freiburger Wahlen finden Sie auf der Seite 7.

Mein Vizepräsidium und ich haben uns in den letzten Wochen intensiv mit parteiinternen Strukturen und freisinnigen Kernthemen beschäftigt und vielerlei Gespräche geführt. Ich durfte an zahlreichen Parteiversammlungen und Veranstaltungen auftreten und unsere Ideen präsentieren. Dabei habe ich einmal mehr festgestellt, dass sich viele Freisinnige mit grossem Einsatz engagieren, sich in Diskussionen einbringen und mehrheitsfähige und liberale Lösungen für die Herausforderungen dieser Zeit entwickeln. So bringen sie unser Land und die Partei voran! Das sind vielversprechende Voraussetzungen für die Zukunft.

Herzliche Grüsse

Ihr Thierry Burkart  
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

Ferner:

- Die einzelnen Vorstösse können über die sozialen Medien, klassische Inserate in der Tagespresse etc. ausgespielt und beworben werden. Und sie sind ein Leistungsausweis der ganzen Partei.
- Mit besonders «relevanten» Forderungen und mit medienwirksamen Aktionen schaffen wir es tendenziell einfacher in den Redaktionsteil der Medien und können die Aufmerksamkeit unserer Sympathisantinnen und Sympathisanten wecken. (Aktuelles Beispiel hierfür ist die geplante ÖV-Initiative der FDP Kanton Zürich: mehr dazu in diesem «Zürcher Freisinn».)
- Interessierte können sich weiter informieren, für einen Newsletter registrieren, Beiträge über ihre eigenen sozialen Kanäle teilen und verbreiten.
- Diejenigen, die sich registriert haben, können wir mittels Newsletter über die Aktivitäten der FDP auf dem Laufenden halten.
- Mit diesem Schritt, einen digitalen Wahlkampf zu lancieren, frisken wir insgesamt unser Image auf.

#### Erfolg stellt sich nicht von heute auf morgen ein

Das Geheimnis des Erfolgs ist es, beständig dranzubleiben und weiterzumachen. Unser digitaler Wahlkampf läuft gerade an und wir befinden uns in der Phase des Testens und Verbesserns. Wie ein-

gangs erwähnt, lancieren wir einen permanenten Wahlkampf, der nicht nur für 2022/23 gelten soll, sondern darüber hinaus. Die Basis dafür ist gelegt. Ich ermutige Sie daher: Besuchen Sie die Webseite, erfahren Sie, was die FDP im Kanton, in Ihrem Bezirk oder Ihrer Ortspartei leistet, registrieren Sie sich für den Newsletter, teilen Sie die Vorstösse in Ihren sozialen Netzwerken und unterstützen Sie aktiv die liberale Politik im Kanton Zürich. Gemeinsam werden wir erfolgreich sein und vieles möglich machen!

Die Geschäftsstelle der FDP Kanton Zürich ist bestens aufgestellt. Ich freue mich, mit Kathrin Puhán, welche am 1. Dezember ihre Arbeit aufgenommen hat, eine erfahrene Geschäftsführerin an der Seite zu haben, welche unter anderem die Leitung des operativen Wahlkampfes übernommen hat. Lassen Sie uns mit vereinten Kräften sicherstellen, dass unsere Werte Gemeinsinn, Freiheit und Fortschritt erfolgreich in allen Ecken des Kantons Zürich bekannt gemacht und gelebt werden!

Ich danke Ihnen für Ihren grossen Einsatz für unseren liberalen Kanton Zürich!

**Liberale Grüsse**  
**Hans-Jakob Boesch**  
 Parteipräsident FDP Kanton Zürich

## AGENDA

#### 8. Februar 2022

19.00 Uhr: a. o. Delegiertenversammlung  
 SIX, ConventionPoint, Pfingstweidstrasse 110,  
 8005 Zürich

#### 13. Mai 2022

18.30 Uhr: Sessionsapéro  
 (Durchführungsart wird noch bekanntgegeben)

Die Details zu unseren Veranstaltungen  
 ersehen Sie auf unserer Website.



[www.daran-arbeiten-wir.ch](http://www.daran-arbeiten-wir.ch)

#### FDP Horgen

## Daran arbeiten wir!

Die FDP im Kanton Zürich arbeitet an vielen aktuellen Themen und trägt so einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt bei. So engagiert sie sich unter anderem für das lokale Gewerbe, eine fortschrittliche Bildung, die Gleichbehandlung und eine nachhaltige Alterspolitik. Zudem macht sich die FDP stark dafür, dass die Digitalisierung auch Einzug in die Verwaltung findet und so den Alltag der ganzen Wohnbevölkerung erleichtert. Die Vorstösse, Ideen, Projekte und



Milan Milojevic

Lösungen der FDP sind immer ganzheitlich durchdacht und fördern auch einen gesunden Finanzhaushalt im Kanton Zürich. Leider bekommt die breite Öffentlichkeit nicht immer mit, dass hinter vielen erfolgreichen Vorstössen und Projekten oftmals die FDP steht. Nicht zuletzt versuchen die anderen Parteien die FDP regelmässig in die staubige Ecke elitärer Politiker zu stecken. Die FDP Kanton Zürich hat sich daher entschlossen die Website [www.daran-arbeiten-wir.ch](http://www.daran-arbeiten-wir.ch) «ins Leben zu rufen», auf welcher die ganze Wohnbevölkerung sehen kann, für welche Themen sich die FDP im Kanton Zürich alles engagiert. Die Website funktioniert ganz nach dem Motto: Tue Gutes und sprich darüber!

Die Website ist übersichtlich gestaltet und bietet Entfaltungsmöglichkeiten für jede Ortspartei. So haben wir, von der FDP Horgen, ebenfalls unsere ersten Beiträge erfassen können. Die Erfassung eines Beitrags ist sehr einfach und geht etwa so schnell wie das Posten eines Beitrags auf den sozialen Medien.

Mit einem QR-Code, der auf die Website verweist, kann man die eigenen Projekte auch rasch und unkompliziert mit der Wohnbevölkerung teilen. Hierfür braucht es lediglich die Einfügung des QR-Codes auf allen Werbeträgern (Plakate, Flyer etc.) oder die Verlinkung im Onlinebereich. Sympathisanten und Interessenten haben zudem die Möglichkeit, Vorstösse, Ideen oder Lösungsansätze direkt zu unterstützen, indem sie den jeweiligen Beitrag auf ihren eigenen sozialen Kanälen teilen können.

Mit [www.daran-arbeiten-wir.ch](http://www.daran-arbeiten-wir.ch) wird das Erreichen einer breiten Öffentlichkeit viel einfacher als bisher. Doch wie so vieles, können wir die Anliegen und die Arbeit der Freisinnigen nur gemeinsam in der Gesellschaft bekannt machen. Deshalb ist es wichtig, dass alle Ortsparteien bei diesem fantastischen Projekt mitmachen und wir alle gemeinsam schon heute einen Beitrag für morgen leisten.

**Milan Milojevic, Wahlkampfleiter FDP Horgen**



# Freie Fahrt für den ÖV

die FDP lanciert ihre ÖV-Initiative

Die FDP hat an der Delegiertenversammlung vom 30. November 2021 die Lancierung einer Initiative zur Absicherung des ÖV-Angebots im Kanton Zürich beschlossen. Dieses ist durch die Einführung von flächendeckendem Tempo 30 gefährdet. Die Initiative wurde in enger Abstimmung zwischen Wirtschaftsverbänden und den bürgerlichen Parteien ausgearbeitet.

Ziel der Initiative ist es, die Mobilität im ganzen Kanton Zürich attraktiv zu halten. Denn mit einer flächendeckenden Einführung von Tempo 30 werden auch Busse und Trams ausgebremst. Zudem wird der Ausbau auf generell Tempo 30 nicht nur bei Privaten, sondern auch beim ÖV zu erheblichen, jährlich wiederkehrenden Kosten führen. Gemeinden, die Tempo 30 verordnen, sollen gemäss der Initiative selbst für die Mehrkosten aufkommen. Sie sollen zudem verpflichtet werden, den ÖV so zu fördern, dass er nicht durch bauliche Massnahmen oder Verordnungen behindert werden kann.

Tempo-30-Zonen in Ortsdurchfahrten und Quartierzentren, vor Heimen und Schulen können sinnvoll sein. Problematisch hingegen ist

flächendeckendes Tempo 30 innerorts auf allen Hauptstrassen. Davon wäre nicht nur der öffentliche Verkehr, sondern generell der Verkehr, der gewerbliche Verkehr und auch Blaulichtorganisationen betroffen. Ein Ausbremsen gilt es zu verhindern, um die Funktionalität des Strassennetzes zu gewährleisten und die Mobilität sicherzustellen.

Denn die Mobilität – sichergestellt durch eine effiziente Verkehrsinfrastruktur – ist zentral für unsere hohe Lebensqualität und unseren Wohlstand. Ohne Velo, Tram, Zug, Auto, Lastwagen und Flugzeug werden der Besuch bei Freunden, der Gang ins Büro, die Lieferung einer Waschmaschine, der Kauf eines neuen Handys, die Ferienreise und der Verkauf unserer Exportprodukte unerschwinglich oder gar unmöglich. Rot-Grün verneint diesen Mehrwert der Mobilität und sieht nur tatsächliche oder vermeintliche Schäden für Mensch und Umwelt, die es unabhängig von den damit verbundenen Kosten unbedingt zu vermeiden gilt. Die Diskussion in der Stadt Zürich zeigt exemplarisch, dass Rot-Grün am liebsten die Mobilität auf maximal den Fuss- und Veloverkehr beschränken würde; die Forde-

rung nach flächendeckendem Tempo 30 ist da nur eine Zwischenetappe.

Auch wenn die Einführung von Tempo-30-Regimes heute vor allem in den Städten Winterthur und Zürich forciert wird, betrifft das Thema die Bevölkerung des ganzen Kantons. Auch die Bewohnerinnen und Bewohner ländlicher Gemeinden wären von einer Verlangsamung des ÖV-Angebots tangiert: Anschlüsse der Zubringer wie beispielsweise die Busse zu den Hauptverkehrsknoten der S-Bahn wären betroffen.

Der FDP ist der ÖV viel wert. Die Anfänge des ZVV gehen auf freisinnige Regierungsräte zurück, ja, der ZVV darf als Errungenschaft des Freisinns gelten. Doch dieses System kostet uns viel Geld; sowohl für die Infrastrukturbauten als auch im jährlichen Betrieb. Dabei wird das Defizit des ZVV je zur Hälfte vom Kanton und allen Gemeinden getragen. Die durch Tempo 30 innerorts zu erwartenden Verzögerungen würden so zu jährlich wiederkehrenden Kosten führen, bei sinkender Angebotsqualität. Denn um den Taktfahrplan einhalten zu können, sind zusätzliche Bus- und Tramkurse notwendig. Allein in der Stadt Zürich wird mit Mehrkosten von über 20 Mio. Franken jährlich gerechnet. Auch diese Kosten müssten dann solidarisch von Kanton und Gemeinden getragen werden.

Die Temporeduktion wird oft mit einer Lärmreduktion begründet. Es ist aber fraglich, ob dies wirklich das Kernanliegen ist. Zumal die Lärmreduktion gemäss Messungen des Kantons weit geringer sind, als gerne behauptet wird. Die FDP verspricht sich in jedem Fall von technisch-baulichen Massnahmen, wie etwa Flüsterbelägen, viel mehr. Speziallösungen für Trams wie Eigenstrassees mit höherer Geschwindigkeit für den ÖV eignen sich aufgrund der städtebaulichen Situation nur in wenigen Fällen und sind dazu sehr kostspielig. Sie würden überdies verdeutlichen, dass es letztlich nur darum geht, den Individualverkehr auszubremsen.

Die FDP setzt sich für eine zukunftsgerichtete Mobilität ein, mit einem zuverlässigen und finanzierbaren ÖV als einem zentralen Träger. Um dies zu ermöglichen, hat die Partei die ÖV-Initiative ins Leben gerufen. Nach Lancierung gilt es, innerhalb von sechs Monaten 6000 Unterschriften im Kanton zu sammeln – helfen auch Sie mit!

**Barbara Franzen, Kantonsrätin**  
**Marc Bourgeois, Kantonsrat**  
**Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident FDP**  
Kanton Zürich



# Corona-Umwälzungen bestmöglich meistern

Von Carmen Walker Späh

Am 19. November 2021 gab ich bekannt, dass ich für eine weitere Legislatur als Regierungsrätin kandidiere. Dieser Entscheid ist mir nicht nur leichtgefallen: Ohne Politik hätte ich mehr Zeit für meine Familie, mehr Zeit, in der Natur zu sein und meinem Hobby, dem Pilzeln, nachzugehen. Das wäre verlockend gewesen.

Dennoch habe ich mich für eine erneute Kandidatur entschieden. Denn ich fühle mich von meiner Partei sehr gestützt und getragen, und ich bin voller Tatendrang, um die epochalen Veränderungen in der Gesellschaft, der Wirtschaft und in der Mobilität, die beschleunigt durch die Corona-Krise stattfinden, zum Wohle der Züricherinnen und Zürcher bestmöglich zu meistern. Dafür will ich meine liberale Stimme weiterhin in der Zürcher Regierung einbringen.

Das verflixte Virus hat so vieles auf den Kopf gestellt, was wir uns nicht in den kühnsten Träu-

men hätten vorstellen können. Wer hätte gedacht, dass wir Mitarbeitende per staatlichem Verdikt nach Hause schicken? Dass die Order aus Bundesbern heisst: «Meiden Sie den öffentlichen Verkehr»? Dass wir Zentimeter messen für Tischabstände in Restaurants und Plätze mit Plexiglaswänden abtrennen? Noch nie hat mir als Liberale das Herz derart stark geblutet wie in den letzten zwei Jahren. Und tut es immer noch angesichts der sich immer wieder ändernden staatlichen Auflagen in Wirtschaft und Gesellschaft in Folge der Coronapandemie.

Die liberale Politik ist heute mehr denn je gefordert. Denn es ist verlockend, die in der Krise installierten Regeln und neuen Staatsleistungen über die Krise hinaus beizubehalten. Damit sich der Staat rechtzeitig zurückzieht und die Eigenverantwortung wieder ins Zentrum rückt, braucht es liberale Kräfte. Der Staat sollte schliesslich er-möglichen, nicht diktieren.

Für die Nach-Corona-Ära sind deshalb fortschrittliche Rahmenbedingungen zwingend. Dafür möchte ich mich als Regierungsrätin weiterhin einsetzen. Zu tun gibt es mehr als genug: Auf allen Staatsebenen sollten sich die FDP, Die Liberalen für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Föderalismus und Subsidiarität engagieren. Wir benötigen Fortschritt und mutige Projekte, wie etwa die Gebietsentwicklung Flughafen Dübendorf mit dem Innovationspark und dem Forschungsflugplatz.

Auch um Debatten über unbequeme Themen kommen wir nicht herum: Wollen wir Roboter-Läden, die am Sonntag die Kundschaft «bedienen»? Ich bevorzuge Arbeitsplätze für unsere Bevölkerung! Auch sollten nicht einzig internationale Onlinekonzerne vom Päckli-Boom profitieren: Ich möchte die Arbeitsplätze hier in der Schweiz und in Zürich statt einer ungebremste Amazonisierung! Zürich und Winterthur müssen lebendige Innenstädte und attraktive Zentren bleiben – auch für Touristinnen und Touristen.

Der Kanton Zürich benötigt auch in Zukunft die besten Verkehrsinfrastrukturen: den weltbesten öffentlichen Verkehr, einen Landesflughafen als Tor zur Welt, leistungsfähige Strassen inklusive eines attraktiven und sicheren Velowegnetzes; im Bewusstsein darum, dass wir Antworten auf den Klimawandel brauchen. Für mich heisst das: technologieoffen zu sein, in Innovationen zu investieren, kluge Anreize zu setzen und möglichst auf Verbote zu verzichten.

Ein epochaler Umbruch findet derzeit auch in der Arbeitswelt statt. Corona hat die Art und Weise, wie wir arbeiten, regelrecht auf den Kopf gestellt. Die hybriden Arbeitsformen – im Büro, zu Hause oder im Co-Working-Space – aber auch der Wunsch nach flexibleren Arbeitszeiten werden die Pandemie überdauern. Wie reagieren die Unternehmen längerfristig darauf? Und was kann die Politik beisteuern? Für mich ist klar: Die Schweiz benötigt einen Schub bei der Digitalisierung und eine Flexibilisierung beim Arbeitsrecht.

Das Corona-Virus hat neben all dem Leid, das es in den letzten bald zwei Jahren verursacht hat und leider weiterhin auslöst, auch eine gute Seite: Das Virus hat positive Entwicklungen beschleunigt. Diese Veränderungen sind auch Chancen für die Schweiz und unseren schönen Kanton Zürich, die es anzupacken gilt.

**Carmen Walker Späh**  
Volkswirtschaftsdirektorin

## FDP Stäfa

### «Daran arbeiten wir» – nicht nur ein Slogan

Mit zahlreichen Standaktionen hat die FDP Stäfa im vergangenen Jahr in der Gemeinde ihre öffentliche Präsenz bereits erheblich verstärkt. Dabei sind der Ortspartei die beiden ausserordentlichen kommunalen Wahltermine von Frühsommer und Herbst 2021 entgegengekommen.

#### Ausserordentliches Wahljahr 2021

Die ausserordentlichen Ersatzwahlen ins Schulpflegepräsidium vom Frühsommer 2021, diese mit einer für die FDP erfolgreichen Kampfwahl, und die ebenfalls erfolgreiche Schulpflege-Ersatzwahl vom 21. November 2021 bescheren der FDP Stäfa einen Dauerwahlkampf, der sich bis zu den Gesamterneuerungswahlen vom 15. Mai 2022 hinziehen wird. Parallel dazu sammeln und sammelt die FDP Stäfa an verschiedenen Standaktionen Unterschriften, beispielsweise für die Initiative zur Einführung der Renteninitiative und Individualbesteuerung.

#### Glühwein-Ausschank vor Weihnachten

Die Stäfner FDP-Mitglieder und die für die Gesamterneuerungswahlen 2022 kandidierenden

FDP-Mitglieder haben so auch rund 30 Liter Glühwein aus Stäfner Trauben an die Bevölkerung an einem hübsch geschmückten Glühweinstand auf dem Gemeindehausplatz ausgeschenkt. Für die Kinder gab's Punsch, Schöggeli und Ballone. «Gerade während dieser herausfordernden Zeit ist es wichtig, für die Menschen ansprechbar zu sein», sagt die Initiantin der Aktion, FDP-Stäfa-Vorstandsmitglied Corina Bubb.

#### Erfolgsrezept persönliche Gespräche

«Der FDP Stäfa ist es sehr wichtig, dass sich die Ortspartei regelmässig und immer wieder sichtbar macht und mit den Stäfnerinnen und Stäfnern aktiv das Gespräch sucht und deren Anliegen und Bedürfnisse aufnimmt», sagt Ortsparteipräsidentin Ursula Tschanz. Oft angesprochene Kernthemen sind Schule und Bildung, Digitalisierung oder die Zentrumsplanung in der Gemeinde. Zudem erleichtern Standaktionen und die dabei geführten persönlichen Gespräche die Aufnahme von Interessenten als neue FDP-Mitglieder.

#### Standaktionen – es geht weiter

Die FDP Stäfa plant bis zum kommunalen Wahl-



Bereit für ein Engagement als Behördenmitglied in Stäfa: FDP-Kandidatinnen und -Kandidaten werden an Standaktionen im Einsatz sein.

termin vom 15. Mai 2022 weitere Standaktionen mit den Kandidierenden, aber auch weitere Unterschriftensammlungen so beispielsweise wieder am 5. Februar 2022. Am 24. März 2022 wird im Rössli Stäfa eine öffentliche Podiumsdiskussion mit allen Stäfner Gemeinderatskandidatinnen und -kandidaten stattfinden. Weiter ist die FDP Stäfa auch im neuen Jahr am traditionellen Wochenmarkt Smärt auf dem Kirchbühl präsent. Weitere Standaktionen werden jeweils auf der FDP-Website und auf Facebook kurzfristig publiziert. «Daran arbeiten wir» – für die FDP Stäfa nicht nur ein Slogan.

**Andreas Hess, Wahlkampfleiter FDP Stäfa**

## Die Top-Kandidaten der Jungfreisinnigen



**Lea Sonderegger**  
Dietikon

**Jan Fehr**  
Winterthur



**Lukas Morf**  
Illnau-Effretikon

**Gloia Porlezza**  
Winterthur



**Eric Schenk**  
Wädenswil

**Cristina Mancuso Cabello**  
Winterthur



**Stefan Zühlmann**  
Weiningen

**Amita Vassalli**  
Zürich Kreis 6



**Raphael Perroulaz**  
Winterthur

**Bettina Fahrni**  
Zürich Kreis 9



bisher



### Daran arbeiten wir...

Die kommenden Monate werden ganz im Zeichen von Lex Netflix stehen. Ein Gesetz, das wir Jungen so nicht auf uns sitzen lassen möchten.

Danach werden wir uns wieder auf die Renteninitiative fokussieren, welche hoffentlich bald zur Abstimmung kommen wird.

Diese nächste Legislatur möchten wir mit frischem Elan, jungem Gedankengut und hoffentlich einigen Jungfreisinnigen in den kommunalen Gremien des Kantons bestreiten.

FDP Stadt Zürich

## Daran arbeiten wir

Wir arbeiten an der politischen Wende. Wir arbeiten daran, dass in Zürich Fortschritt, Erfolg und Prosperität wieder etwas gelten. Wir arbeiten daran, dass Zürich sich als Teil eines Ganzen und nicht als abgekapselter Planet versteht. Wir arbeiten daran, dass die Kräfte, die dem entgegenstehen, zurückgedrängt werden. Ist das ein aussichtsloser Kampf? Nein, aber ein langer und herausforderungsreicher!

Die rot-grüne Dominanz in Zürich ist grösser denn je. Und sie treibt ihre Blüten. Die Mobilität wird abgebaut, die Steuern werden künstlich hochgehalten, das städtische Personal wächst schneller als die Bevölkerung, und Auswärtige sind nicht mehr willkommen. Wobei als auswärtig bereits eine Frau von der Goldküste gilt.

Dem stellen wir einen fundamental anderen Entwurf entgegen. Die Stadt Zürich der FDP ist eine offene Stadt, die ein Zentrum sein will, in dem Menschen zusammenkommen, um Waren und Ideen auszutauschen, Kultur zu produzieren und zu konsumieren oder einfach auch nur, um zu sein.

Zürich soll ein Reaktor sein, in dem Neues entsteht und Bewährtes gepflegt wird. So entstehen Wertschöpfung und Wohlstand. Das bedingt aber, dass das Umland nicht ausgeschlossen, sondern einbezogen wird. Das bedingt, dass Zürich über Bahnverkehr und Flughafen mit der Welt verbunden bleibt.

Der Weg dorthin lässt sich aber nur mit einer Verschiebung der politischen Kräfte erreichen. Daran arbeiten wir. Das bedingt aber Mut und Kraft. Man muss sich öffentlich exponieren, beharrlich kämpfen und Schritt für Schritt Anteile erobern, Rückschläge einstecken und immer wieder aufstehen.

Resultate dieser Arbeit können wir vorweisen: Vor Gericht haben wir Rot-Grün bei «Züri autofrei», den Gammelhäusern, dem illegalen Finanztrick beim Stadtspital und der Basishilfe stoppen können. Das Fussballstadion haben wir an der Urne durchgebracht und die «Gratisbadi» verhindert. Diese Erfolge geben Kraft und Mut, um weiterzumachen und das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren.

Ein grosses Ziel, aber aufgeteilt in kleinere Aufgaben ein erreichbares Ziel.



Severin Pflüger, Präsident FDP Stadt Zürich

Aus der Fraktion

## Neues aus dem Kantonsrat

Der Kanton Zürich ist trotz Pandemie in robuster wirtschaftlicher Verfassung. Der FDP Kantonsratsfraktion ist es gelungen, sich mit der SVP, der Mitte und der GLP auf einen finanzpolitischen Kompromiss im Budget 2022 zu einigen, nämlich der Senkung von 1 Steuerprozent, eine Aufwandskürzung von über CHF 70 Mio. sowie Investitionen in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Kompromiss ist ein erster Schritt, weitere müssen folgen, um den Kanton Zürich fit und wettbewerbsfähig zu halten. Wir fordern daher «Deregulierung», «Digitalisierung» und «De-Investition» im Sinne von Konzentration auf Kernaufgaben, um das Ausgabenwachstum zu bremsen, die Staatsquote zu senken und die Standortattraktivität zu stärken. Die FDP Kanton Zürich erwartet mehr und Zürich kann mehr.

Das Thema Kreislaufwirtschaft ist im Kanton Zürich gut verankert dank der innovativen Unternehmen, die geeignete Verfahren und Produkte zur Schliessung der Stoffkreisläufe und zur Schonung der Ressourcen entwickelt haben und laufend ver-

feinern. Der Gegenvorschlag des Regierungsrates zur «Kreislauf-Initiative» setzt mit dem Fokus auf die Bauwirtschaft an einem zentralen Punkt an.

Grundsätzlich entspricht das übergeordnete Ziel der Weiterentwicklung der linearen Wirtschaft zur Kreislaufwirtschaft liberaler Umweltpolitik. Aus der FDP Kantonsratsfraktion haben Barbara Franzen und Sonja Rueff-Frenkel mit mehreren Vorstössen, beispielsweise zur Förderung von Recyclingbeton, gezeigt, wie dies konkret in der Praxis umzusetzen ist.

Das Selbstbestimmungsgesetz basiert auf einem Vorstoss von Fraktionspräsidentin Beatrix Frey-Eigenmann von 2017. Darin wurde gefordert, dass Menschen mit Behinderungen diejenige Lebensform wählen können, die ihnen am besten entspricht. Dies wird nun auf Gesetzesebene und mit breiter Unterstützung seitens der dafür zuständigen Sicherheitsdirektion und aus allen Fraktionen umgesetzt. Ein zentraler Punkt der vom Freisinn geprägten Beratung ist, dass sich der Kreis der Leistungsträger nicht auf professionelle Einrichtun-

gen und Institutionen beschränkt, sondern dass auch Privatpersonen entsprechende Vereinbarungen abschliessen können.

Die Ratsberatung ist für die erste Jahreshälfte 2022 vorgesehen, in Kraft treten soll das Gesetz auf 1. Januar 2024.



Beatrix Frey-Eigenmann, Fraktionspräsidentin

## Zürich

FDP Winterthur

### Neue Wahlkampfqualität mit dem Dialograum

FDP-Stadtratskandidatin Romana Heuberger prägt den Wahlkampf in Winterthur nicht nur intensiv, thematisch vielseitig und professionell, sondern auch sehr kreativ. Als Novum darf der Dialograum bezeichnet werden. In keinem Winterthurer Wahlkampf der vergangenen drei Jahrzehnte ist eine solche Idee umgesetzt worden. Der Dialograum liegt an der Marktgasse 40 mitten in der Winterthurer Altstadt. Er ist nicht nur ein Ort für verschiedene Veranstaltungen. Für Romana Heuberger ist er auch der Ort für persönliche Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern. Kein Tag vergeht, an welchem nicht Laufkundschaft den Dialograum frequentiert und mit der engagierten Stadtratskandidatin den Kontakt und das Gespräch sucht. An zentraler Stelle gelegen ist er

auch ein Anziehungspunkt für Passantinnen und Passanten, die sich im Schaufenster über Plakate und einen Bildschirm über die Kandidatinnen und Kandidaten der FDP Winterthur ins Bild setzen können. Vor dem Dialograum finden zudem Standaktionen statt. Noch bis 12. Februar 2022 ist der Dialograum in Betrieb. Gewählt wird am 13. Februar 2022. Jeweils Dienstag bis Freitag zwischen 15 und 17 Uhr und am Samstag von 10 bis 12 Uhr steht Romana Heuberger für persönliche Gespräche bereit. Zusätzlich finden verschiedene Veranstaltungen statt. Mehr unter [www.romana-heuberger.ch](http://www.romana-heuberger.ch) und [www.fdp-winterthur.ch](http://www.fdp-winterthur.ch).

**Dieter Kläy**  
Kantonsrat, Präsident FDP Winterthur



Romana Heuberger, Stadtratskandidatin FDP Winterthur, und Andri Silberschmidt, Nationalrat

Zürich

### Regierungsratswahlen 2023

Die FDP möchte 2023 den zweiten Regierungsratsitz zurückgewinnen. Aus diesem Grund stellen sich an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 8. Februar zwei Kandidaten vor. Nebst Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh, die ihre Bereitschaft zur Wiederkandidatur bereits im letzten November kundgetan hat, empfiehlt der Parteivorstand den Delegierten zwei Persönlichkeiten zur Wahl. Es sind dies Markus Ernst, Gemeindepräsident Küsnacht, und Dr. Peter Grünenfelder, Direktor Avenir Suisse. Ursprünglich erfüllten vier Kandidaten das festgelegte Anforderungsprofil. Eine Kandidatur wurde aus persönlichen Gründen noch vor der

Diskussion im Parteivorstand zurückgezogen. Der Parteivorstand wollte den Delegierten alle drei im Rennen verbliebenen Kandidaten zur Wahl vorschlagen; Kantonsrat Jörg Kündig (der seine Kandidatur öffentlich gemacht hat) entschied sich aber, im Wissen der Empfehlung des Parteivorstands, seine Kandidatur zurückzuziehen.

Mit Markus Ernst und Peter Grünenfelder wird den Delegierten eine Auswahl aus profilierten Personen aus Politik und Wirtschaft ermöglicht, welche sich durch die geforderten hohen Qualifikationen für eine liberale Mitgestaltung der Regierungarbeit im Kan-



V. l.: Dr. Peter Grünenfelder, Carmen Walker Späh, Markus Ernst

ton Zürich auszeichnen. Aufgrund ihres persönlichen und beruflichen Hintergrundes sowie des bisherigen politischen Leistungsausweises zeigen die Kandidierenden andererseits auch unterschiedliche Profile auf und ermöglichen den Delegierten so eine echte Auswahl.

**Kathrin Puhan, Geschäftsführerin FDP Kanton ZH**

Rückblick

### Delegiertenversammlung 30. November 2021

Die Delegiertenversammlung Ende November war vollgepackt mit spannenden Beiträgen und Abstimmungen. Carmen Walker Späh erläuterte ihre Motivation zur erneuten Kandidatur als Regierungsrätin im Jahr 2023. Zu Gast durften wir Thierry Burkart, Parteipräsident FDP.Die Liberalen Schweiz, begrüßen. Die Delegierten stimmten mit sehr grosser Mehrheit für die geplante «ÖV-Initiative» und sie unterstützten das Referendum «Lex Netflix» der Jungfreisinnigen. Des Weiteren wurde Kamylla J. Lisi-Brandino in den Parteivorstand und Kathrin Puhan als neue Geschäftsführerin der FDP Kanton Zürich gewählt.

**Seraina Rüesch, FDP Kanton Zürich**



Gast an der Delegiertenversammlung, Thierry Burkart, Parteipräsident FDP.Die Liberalen Schweiz



Regierungsrätin Carmen Walker Späh erläutert ihre Motivation zur erneuten Kandidatur



## Im Gespräch mit...

Kathrin Puhan,  
Geschäftsführerin der FDP Kanton Zürich

**Seit 1. Dezember 2021 bist du Geschäftsführerin der FDP Kanton Zürich. Wie war dein Start?** Im Dezember habe ich vor allem zugehört und beobachtet. Die nächsten Monate stehen im Zeichen vom «Anpacken», dies und das in Bahnen lenken, speziell auch was die anstehenden Wahlen 22/23 betrifft, damit wir als Team bald die Früchte unserer Arbeit ernten können.

**Was reizt dich an dieser Stelle?** Meine langjährige berufliche Erfahrung, welche ich in diversen Branchen gesammelt habe – wie beispielsweise dem Finanzwesen, der IT-Industrie, aber auch der Beratung –, diese Erfahrungen zu bündeln und mit einem schlagkräftigen Team gemeinsam umzusetzen, um die FDP Kanton Zürich voranzubringen. Getreu der Leitidee der anstehenden Wahlen 22/23 und darüber hinaus: «Daran arbeiten wir!»

**Was sind deine Ziele als Geschäftsführerin, was möchtest du erreichen?** Die «3K» – Klarheit, Konsistenz und Kommunikation. Nach aussen möchte ich, dass wir agieren, mehr «Agenda setting» be-

treiben, also Themenschwerpunkte setzen sowie als moderne, lösungsorientierte Partei wahrgenommen werden. Wir haben viele kluge Köpfe in unseren Reihen, gute Ideen und wir können anpacken. Das müssen wir den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern noch viel konsequenter aufzeigen.

**Wo setzt du bei deiner Arbeit die Prioritäten und was ist dir besonders wichtig?** Weniger ist mehr. Das «Richtige» tun, fokussiert arbeiten, dabei flexibel sein, im Dialog stehen und im Gespräch bleiben.

**Wie bist du in der Politik «gelandet»?** Angefangen hat das in der Schule, da war ich zuerst Klassen- und dann Schulsprecherin. Das Verhandeln und einer Gruppe eine Stimme geben, fand ich schon dazumal spannend. Einschneidend für mich war das Jahr 1989: Da habe ich erst wirklich verstanden, was Freiheit bedeutet und wie wertvoll diese ist. An der Universität in Deutschland habe ich mich den jungen Liberalen, den «juLis», angeschlossen. Themen damals waren die Studienge-

bühren und die Freiheit zu haben, sich den Studienort selber auswählen zu können. Im Anschluss habe ich in Freiburg/D, Strassburg/F, Basel, Lausanne und St. Gallen studiert. Das «Erleben» verschiedener Kulturen hat meine Weltanschauung geschärft. Ich bin nun seit 1996 in der Schweiz wohnhaft und habe mich von Anbeginn am lokalen Leben beteiligt, sei das im Sport- oder auch im Quartierverein. Meine persönliche Integration war mir immer schon sehr wichtig. Mit der Einbürgerung im Jahr 2012 war der Weg ins politische Engagement vorgezeichnet.

**Du bist ja nicht nur Geschäftsführerin, sondern auch ein Familienmensch. Was tust du für eine gute «work-life-balance»?** Dieses Wort weist zwar darauf hin, dass «work» und «life» zwei separate Bereiche sind. Ich empfinde dies jedoch nicht so. Ich denke, dass ich gut darin bin, die beiden Welten zu verbinden, mich mit Menschen zu umgeben, die mir guttun, und mit diesen gemeinsam etwas zu bewegen. Später möchte ich sagen können: «Da haben wir gemeinsam etwas Grosses geleistet».

**Welche gesellschaftlichen Themen beschäftigen dich persönlich ganz speziell?** Die schweigende Mehrheit, die Stimmbeteiligung allgemein in der Schweiz und weltweit der Klimawandel.

**Welches sind die Werte, die dir am wichtigsten sind?** Vertrauen und Verlässlichkeit. Im Endeffekt geht es im Leben um Beziehungen zu Menschen.

**Wo und wie tankst du Kraft?** Beim Skifahren und Kochen.

**Gibt es ein Motto, welches dich durch dein Leben begleitet?** Da gibt es zwei: «Wenn ich es mir vorstellen kann, dann ist es möglich» und «You never walk alone».

Wir danken dir für das Gespräch!

### Steckbrief

Kathrin Puhan hat einen Master in Geschichte an der Universität Freiburg sowie ein MBA in Wirtschaftsinformatik an der Universität St. Gallen absolviert und lebt mit ihrem Mann und ihrer Tochter in Zürich. Vor ihrer Tätigkeit als Geschäftsführerin bei der FDP Kanton Zürich war sie unter anderem als selbstständige Unternehmerin im Bereich Präsentationscoaching, Training und Prozess-Beratung tätig. Ihre Freizeit verbringt sie mit ihrer Familie in den Bergen oder am See und an Wochenenden ist sie in Sachen Kunst und Kultur unterwegs.



# «Vielfalt ist ein Vorteil – kein Hindernis»

Bundespräsident Ignazio Cassis vor einem herausfordernden Amtsjahr

Als erst fünfter Tessiner bekleidet Ignazio Cassis im Jahr 2022 das Amt des Bundespräsidenten. Im Interview spricht er über den notwendigen nationalen Zusammenhalt in der Corona-Pandemie, über eindrückliche Reisen im Nahen Osten und wie Wissenschaftsdiplomatie das internationale Genf stärken kann.

**Herr Bundespräsident, lieber Ignazio, das Jahr 2021 war von der Pandemie geprägt, aber auch von wichtigen Dossiers wie Europa und der Altersvorsorge. Wie blicken Sie auf das vergangene Jahr zurück?**

Zum Jahresbeginn 2021 hatten wir alle grosse Hoffnungen, dass die Pandemie bald enden würde. Doch das Virus wird uns nicht einfach so verlassen. Heute stellt uns die Omikron-Variante vor grosse Herausforderungen. Wir benötigen starke Nerven und Geduld, um uns dem Unbekannten zu stellen. Was die anderen Themen betrifft, so hat der Bundesrat am 26. Mai 2021 beschlossen, die Verhandlungen zum Rahmenabkommen zu beenden, weil eine Einigung mit der EU nicht mehr realistisch schien. Damit sind die Fragen zu den künftigen Beziehungen mit der EU nicht gelöst, aber der Bundesrat arbeitet weiterhin daran. Betreffend Alters-

vorsorge freue ich mich, dass das Parlament eine AHV-Reform verabschiedet hat, die hoffentlich auch in einer Volksabstimmung angenommen wird.

**Am 8. Dezember 2021 wurden Sie zum Bundespräsidenten gewählt. Was bedeutet Ihnen dieses Amt?**

Es ist eine grosse Ehre und macht mich stolz, meine Sprachgemeinschaft zu vertreten. Nach vielen Jahren bekleidet wieder ein Vertreter der italienischsprachigen Gemeinschaft das höchste Amt. Dieser symbolische und psychologische Aspekt ist wichtig für den nationalen Zusammenhalt. Ich bin mir aber auch der Verantwortung und der Herausforderung bewusst, die das Amt mitbringen.

**Sie sind erst der fünfte Tessiner Bundespräsident seit 1848 und der zweite Freisinnige. Welche Rolle**

**spielt der italienische Sprachraum in Ihrem Amtsjahr?** Die sprachliche Vielfalt ist auch eine kulturelle Vielfalt. In der Schweiz leben wir in unterschiedlichen Kulturräumen. Das ist nicht leicht, aber wir haben es bisher geschafft, den nationalen Zusammenhalt zu erhalten. Ich will im Jahr 2022 daran erinnern, dass Vielfalt ein Vorteil und kein Hindernis ist. Gelebte Vielfalt ist eine Herausforderung und erfordert von allen die Bereitschaft, sich manchmal zurückzunehmen und einen Schritt auf sein Gegenüber zuzugehen. Ich will in meinem Präsidialjahr mit gutem Beispiel vorangehen.

**Welche Schwerpunkte legen Sie in Ihrem Präsidialjahr?** Vielfalt ist sicher ein wichtiger Schwerpunkt, da ich als Vertreter einer Sprachminderheit diese Vielfalt auch vertrete. Das mit Abstand wichtigste Thema dürfte aber Corona sein. Die Pandemie bleibt eine grosse Herausforderung, nicht nur aus gesundheitlichen Gründen, sondern auch für die Gesellschaft und die Wirtschaft. Und wir sind alle müde, weil wir gehofft haben, dass die Welt Ende 2021 wieder in Ordnung ist. So ist es leider nicht

gekommen. Doch wir müssen der Realität ins Auge blicken – mit Mut und Zuversicht.

**Wieso haben Sie sich als Aussenminister dafür entschieden, in Ihrem Präsidentschaftsjahr vorzugsweise Reisen in der Schweiz durchzuführen?** Der Bundespräsident muss in erster Linie dafür sorgen, dass der Gesamtbundesrat seine Arbeit ordentlich durchführen kann. Dazu trägt er eine wichtige Verantwortung für den nationalen Zusammenhalt. Das ist immer eine grosse Herausforderung, aber in der Pandemie ist sie noch grösser. Wir haben in den letzten Monaten viel Unbehagen in der Bevölkerung gespürt. Es gibt harte Diskussionen zwischen Impfbefürwortern und Impfgegnern oder über Fragen, ob es mehr Zentralisierung oder mehr Föderalismus braucht. Wir müssen nun darauf achten, dass wir zusammenhalten und uns von der Krise nicht spalten lassen. Deshalb werde ich im Präsidentschaftsjahr vor allem in der Schweiz unterwegs sein, ohne jedoch einige diplomatische Besuche im Ausland vermeiden zu können.

**Sie sind nun seit gut vier Jahren Aussenminister und haben zahlreiche Länder bereist. Gibt es eine Reise oder ein Erlebnis, das Ihnen besonders in Erinnerung geblieben ist?** Da gibt es mehr als eine erinnerungswürdige Reise. So zum Beispiel die Reise nach Bagdad. Der Irak hat 30 Jahre Krieg hinter sich und befindet sich nun in einer Art Renaissance. Eindrücklich war auch die Reise in den Libanon. Das Land steckt in einer tiefen Krise. Am Abend gab es kein Licht auf den Strassen und man spürte, in welcher schwieriger Situation sich das Land befindet. Ähnliche Eindrücke erlebte ich in Libyen, das ebenfalls in einer problematischen Lage ist. Das sind alles Länder, die nicht so weit weg sind von der Schweiz. Die dortige Lage hat Auswirkungen auf unser Land. Deshalb muss sich die Schweizer Aussenpolitik damit auseinandersetzen.

**Als Aussenminister pflegen Sie viel Kontakt zu Amtskolleginnen und -kollegen. Wie eng sind diese Kontakte? Gibt es auch Beziehungen auf persönlicher Ebene?** Zu den Aussenministern der Nachbarländer pflegt man engere Kontakte. Wir haben gemeinsame Lebens- und Wirtschaftsräume. Was das bedeutet, haben wir im ersten Lockdown in Konstanz gesehen, als plötzlich die Grenze zu Deutschland geschlossen war, oder bei der Grenzgänger-Thematik in Genf oder im Tessin. Mit diesen Amtskollegen pflege ich auch eine persönliche Beziehung. Wir telefonieren unkompliziert, insbesondere wenn es Herausforderungen gibt.



Ignazio Cassis ist erst der fünfte Tessiner Bundespräsident.

**Das EDA engagiert sich stark in der sogenannten Wissenschaftsdiplomatie. Worum handelt es sich und was sind die Ziele?** Das Projekt rief ich vor drei Jahren mit Unterstützung des Bundesrats sowie Kanton und Stadt Genf ins Leben, um dem internationalen Genf einen neuen Impuls zu verleihen. Im 21. Jahrhundert kommen auf das internationale Genf neue Herausforderungen zu: ultraschnelle Entwicklungen von neuen Technologien wie zum Beispiel Robotersoldaten, die autonom Krieg führen können, selbstfahrende Autos oder Quantum Computing. Das bedeutet für die Menschheit grosse Chancen, aber auch Herausforderungen. Es geht darum zu analysieren, woran heute geforscht wird und zu antizipieren, welche neuen Technologien daraus entstehen könnten. Der Mensch muss im Zentrum bleiben und Risiken müssen möglichst unter Kontrolle gehalten werden. Wir brauchen deshalb Wissenschaftler, die uns sagen, wohin sich die Welt bewegt. Gleichzeitig müssen Diplomatie und Politik sagen: Wenn das in zehn Jahren Realität ist, was muss man bezüglich Regulierung und Umgang vorbereiten, um diese technologischen Innovationen in die Gesellschaft zugunsten des Einzelmenschen zu integrieren. Das nennt man Wissenschaftsdiplomatie (science-diplomacy), und ich freue mich sehr, dass wir dank der von uns gegründeten Stiftung GESDA Fortschritte erzielen. Ich bin überzeugt: das internationale Genf wird somit zum internationalen Hub für die Antizipation neuer Technologien werden.

**In der Entwicklungshilfe möchte das EDA private Unternehmen stärker einbinden. Wie funktioniert das konkret?** Wir wollen in den Entwicklungsländern Perspektiven vor Ort schaffen. Junge Leute haben eine Perspektive, wenn sie Arbeit haben, ihren Lebensunterhalt bestreiten und eine Familie gründen können. Das ist nur möglich, wenn es Investitionen und Wirtschaftswachstum gibt, was



In seinem Amtsjahr will er vor allem Zeit in der Schweiz verbringen. Fotos: Désirée Dittes

voraussetzt, dass der Staat stabil ist und für gute Rahmenbedingungen sorgt. Arbeitsplätze werden von der Privatwirtschaft geschaffen. Daher ist die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft von grosser Bedeutung. Sie schafft Perspektiven für die jungen Menschen.

**Vorhin haben wir bereits über das Tessin gesprochen. Wie ist Ihre Beziehung zu den Tessiner Parlamentariern und der Kantonalpartei? Gibt es einen regelmässigen Austausch?** Seit meinem Amtsantritt führe ich einen regelmässigen politischen Dialog mit der italienischsprachigen Deputation in den eidgenössischen Räten. Das geht über den Kanton Tessin hinaus, da wir in unserer Partei mit Anna Giacometti auch eine italienischsprachige Vertreterin aus dem Kanton Graubünden haben. Mit ihr und den acht National- und zwei Ständeräten aus dem Tessin treffe ich mich einmal pro Session. Wir diskutieren über Grenzbeziehungen und weitere Themen, die alle Parteien gemeinsam haben. Den gleichen regelmässigen politischen Dialog pflege ich zudem mit den Kantonsregierungen des Tessins und Graubündens.

**Was wünschen Sie sich für die Schweiz im Jahr 2022?** Zunächst wünsche ich mir Ruhe, Geduld, Kraft und Mut, um der Covid-19-Pandemie, die uns ungeduldig und wütend macht, entgegenzutreten. Ich glaube fest daran, dass man in solchen Momenten die Zähne zusammenbeissen muss und sich nicht spalten lassen darf. Ich bin überzeugt, dass wir diese Krise überwinden, wenn wir zusammenhalten.

Interview: Fanny Noghero und Marco Wölfli

«Wir müssen nun darauf achten, dass wir zusammenhalten und uns von der Krise nicht spalten lassen.»

Schauen Sie das ganze Interview als Video.



Beat Walti gibt sein Amt als Fraktionspräsident im Februar nach viereinhalb Jahren ab.  
Foto: Désirée Dittes



# Erfolge trotz oder gerade wegen der Corona-Krise

## Halbzeit-Bilanz der 51. Legislatur

In einer von Corona geprägten ersten Hälfte der Legislatur und unter schwierigen Umständen konnte die FDP im Parlament diverse Erfolge verbuchen. Sie bilden eine gute Grundlage für die weitere Arbeit bis zu den Wahlen 2023, die mit einer neuen Partei- und Fraktionsleitung in Angriff genommen wird.

Eine klassische Legislatur-Halbzeitbilanz beginnt typischerweise mit einer Auflistung der Erfolge und endet mit dem Ausblick auf die kommenden Herausforderungen bis zum Legislatur-Ende. Doch in dieser von Corona geprägten Legislatur ist so vieles anders gekommen als geplant, da darf auch in der Halbzeit-Bilanz die Abfolge etwas verschoben werden. Denn geprägt wurden die Partei und die Fraktion in den letzten Monaten auch durch personelle Entscheidungen.

Petra Gössi hat unsere Partei bis im vergangenen Oktober mit viel Herzblut, liberalem Kampfgeist und Mut geführt, und ich habe die konstruktive Zusammenarbeit mit ihr immer sehr geschätzt. Ein Präsidiumswechsel löst andererseits immer auch neue Impulse in der Parteiorganisation aus. Das neue Parteipräsidium rund um Thierry Burkart hat denn auch bereits erste Ausrufezeichen gesetzt und es ist ein gewisser «Ruck» durch die Partei gegangen. Mit den Erfolgen bei den Wahlen im Kanton Freiburg und den ersten positiven Wahlumfragen zum Beginn der zweiten Legislaturhälfte stimmt die Richtung definitiv und ist vielversprechend im Hinblick auf die Wahlen 2023. Mein Entscheid, das Fraktionspräsidium auf die kommende Frühlingssession hin abzugeben, steht denn auch in keinerlei Zusammenhang mit dem

Präsidiumswechsel. Er ist schon früher gereift, und ich halte den Zeitpunkt für günstig, mich nach 4,5 Jahren in dieser spannenden Leitungsfunktion wieder vermehrt auf die Arbeit in den – vor allem wirtschaftspolitischen – Dossiers zu konzentrieren.

### Rückblick in Zeiten der Corona-Krise

Wie bereits angetönt, hat die 51. Legislatur zwar im Winter 2019 regulär ihren Lauf genommen, der Parlamentsbetrieb wurde dann aber durch den Corona-Ausbruch in der Schweiz massiv durchgeschüttelt. Höhepunkt im negativen Sinne war der bisher einmalige Sessionsabbruch in der Geschichte der Schweiz nach der zweiten Woche der Frühlingssession 2020. Vor allem die institutionellen Folgen der – regelkonformen – weitreichenden «Aushebelung» des Parlamentes und der Machtverlagerung zur Exekutive hat Nachwehen produziert, die an diversen Stellen bis heute erkennbar sind. Solche Krisen sind aber immer auch als Chance und Katalysator für Veränderungen zu sehen, was unter anderem bei der Digitalisierung des Parlamentsbetriebes sichtbar wurde.

### Unerwartete, aber umso erfreulichere Erfolge

Wichtigere und vor allem erfreulichere Veränderungen waren hingegen die diversen inhaltlichen

Erfolge der FDP-Liberalen-Fraktion in der ersten Legislaturhälfte, die trotz erschwelter Umstände zustande kamen. Speziell in der Wirtschaftspolitik konnte die FDP trotz oder vielleicht wegen der Corona-Krise einige davon erringen. Vor allem angesichts des viel zitierten Linksrutschs bei den Wahlen 2019 war kaum absehbar, dass innerhalb der ersten zwei Jahre dieser Legislatur unter anderem die Abschaffung der Industriezölle, die Reform der Verrechnungsteuer und die erste Etappe der Abschaffung der Stempelabgabe erfolgreich durchs Parlament gebracht werden würden. Dieser für den Wirtschaftsstandort zentrale Abbau von Abgabebelast und Bürokratie, der auf Vorstösse der FDP-Liberalen-Fraktion zurückgeht, konnte auch dank einer funktionierenden bürgerlichen Zusammenarbeit in beiden Räten erreicht werden.

Einen weiteren (Zwischen-) Erfolg konnte die FDP bei den wichtigen Reformen in der Altersvorsorge feiern. Mit der erfolgreichen Verabschiedung der AHV21-Vorlage wurde immerhin ein erster Etappensieg errungen, der in der zweiten Hälfte der Legislatur noch vollendet werden muss. So wird die Stimmbevölkerung im Herbst 2022 über die AHV21 abstimmen und bereits jetzt ist klar, dass die Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau zu emotionalen Debatten führen wird. Umso hilfreicher ist da der bürgerliche Kompromiss, der dank der FDP weitsichtiger und ausgewogener als die Vorlage des Bundesrates ausgefallen ist. Ähnliches muss uns auch bei der BVG-Reform gelingen, die als eines der zentralen Geschäfte die parlamentarische Arbeit bis zu den Wahlen 2023 prägen wird. Auch hier konnte bereits ein guter Grundstein im Nationalrat als Erstrat gelegt werden – nun gilt es, auch im Ständerat und in der anschliessenden Differenzvereinbarung der destruktiven linken Opposition gegen jede strukturelle Sanierung der Vorsorgewerke eine überzeugende und mehrheitsfähige Lösung entgegenzusetzen.

### Positiven Trend nutzen

Die FDP konnte insgesamt eine gute Grundlage schaffen, damit auch die zweite Legislaturhälfte – auch mit dem Schwung einer neuen Partei- und Fraktionsleitung – zu einem Erfolg wird. Nun gilt es, diesen positiven Trend auszunutzen und die diversen anstehenden Dossiers im Parlament mit liberalen Lösungen zu prägen. Und davon gibt es viele, wenn man neben der Vorsorge auch an die Reformen infolge der OECD-Mindestbesteuerungsregeln denkt oder an die Klima- und Energiepolitik mit der Neuauflage des CO<sub>2</sub>-Gesetzes oder der Vorlage zur Stromversorgungssicherheit. Wir müssen und wollen am Ball bleiben!

**Beat Walti,**  
Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Didier Castella (links) und Romain Collaud sind die FDP-Vertreter im Staatsrat Freiburg. Fotos: FDP



# Rückenwind für die die neue Legislatur

## FDP Freiburg gewinnt die Wahlen

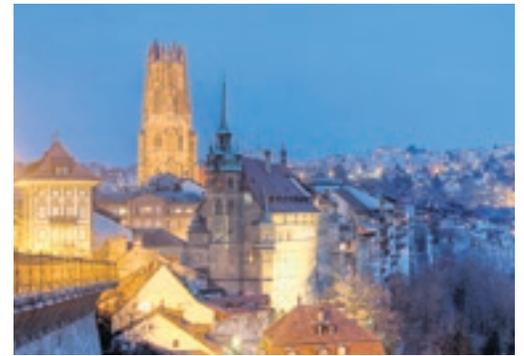
Die kantonalen Wahlen waren für die FDP Freiburg ein Erfolg. Kantonalparteipräsident Sébastien Dorthe will den Schwung nutzen, um liberale Lösungen in Freiburg umzusetzen und mit guten Köpfen die positive Grundstimmung in der Partei weiterzuführen.

Wenn Anfang Februar die erste ordentliche Session des Grossen Rates des Kantons Freiburg stattfindet, dürfen die Freisinnigen das altherwürdige Rathaus mit viel Selbstvertrauen betreten. Bei den Grossratswahlen Anfang November 2021 erhöhte die FDP ihre Sitzzahl um 2 auf 23 und ist nun im 110-köpfigen Kantonsparlament die zweitstärkste Kraft. Im Hinblick auf die neue Legislatur bildet die FDP mit den drei GLP-Vertretern eine gemeinsame Fraktion, die somit auch die grösste im Rat ist. Drei Wochen nach den erfolgreichen Grossratswahlen konnte die FDP Freiburg im zweiten Wahlgang der Staatsratswahlen nachdoppeln und ihre beiden Sitze in der siebenköpfigen Kantonsregierung verteidigen. Der bisherige FDP-Staatsrat Didier Castella holte dabei von allen neun Kandidierenden die meisten Stimmen. Ebenfalls ein tolles Resultat erzielte der zweite Freisinnige Romain Collaud, der auf dem dritten Rang landete und den zurückgetretenen Maurice Ropraz ersetzte.

### Für Nachwuchs ist gesorgt

Für Sébastien Dorthe, Präsident der FDP Freiburg, sind die erfolgreichen Wahlen das Resultat einer langfristigen Strategie: «Seit 2012 fokussieren wir uns darauf, dass die FDP nah bei den Leuten ist und unsere gewählten Vertreter konkrete Themen bearbeiten. Die Freiburger FDP-Familie ist dynamisch und präsent. Ein wichtiges Element ist auch, dass die Schlüsselpositionen der FDP Freiburg jung und vielfältig besetzt sind.» Im Wahlkampf konzentrierte sich die FDP auf 20 Vorschläge, die auf fünf Themenbereichen basieren und in der kommenden Legislatur umgesetzt werden sollen. Nicht nur inhaltlich, sondern auch optisch markierte die FDP Präsenz: «Wir haben das Erscheinungsbild der Kampagnen aller 110 Kandidaten und der zwei Staatsratskandidaten vereinheitlicht. So war die Marke FDP im ganzen Kanton auf den ersten Blick erkennbar», erklärt Dorthe.

Im Hinblick auf die kommende Legislatur will Dorthe den gewachsenen Einfluss seiner Partei



Die FDP verfügt in der neuen Legislatur im Rathaus (vorne) über mehr Einfluss. Foto: iStock/Bogdan Lazar

konstruktiv nutzen, ohne zu überborden: «Dank mehr Kommissionssitzen können wir unsere Positionen sicher besser einbringen. Aber wir müssen auch bescheiden bleiben und insbesondere mit den anderen bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten, damit wir im Kanton Freiburg liberale Politik umsetzen können.»

### Nah bei den Leuten – online und analog

In den nächsten Monaten finden in verschiedenen Kantonen Wahlen statt und bis zu den eidgenössischen Wahlen im Oktober 2023 dauert es nicht mal mehr zwei Jahre. Der Präsident der Kantonalpartei ist überzeugt, dass sich die Rezepte des Freiburger Wahlkampfes auch bei anderen Wahlen anwenden lassen: «Die Mandatsträger und Mitglieder sind sichtbar und im Kontakt mit der Bevölkerung. Wir stehen für konkrete Lösungen ein, die von allen mitgetragen werden, und unser Programm hat eine klare Linie, bleibt aber entwicklungsfähig.» Zudem verstärkte die FDP Freiburg in den letzten Jahren ihre Präsenz auf Social Media und betrieb dort eine aktive Kommunikation. Zu guter Letzt sei es aber ebenso wichtig, innerhalb der Partei eine positive Stimmung zu kreieren, sagt Dorthe. «Die Stärkung der FDP-Familie ist eine Daueraufgabe. Unsere Mitglieder sollen stolz darauf sein, sich bei der FDP zu engagieren – die Partei, die gewinnt, aber vor allem Lösungen anbietet.»

**Marco Wölfli**

Die letzte Delegiertenversammlung der Jungfreisinnigen fand in Zürich statt. Fotos: JFS



# Erschwerte Unterschriftensammlung

Zahlreiche Jungfreisinnige waren auf der Strasse unterwegs

An ihrer Delegiertenversammlung vom 27. November 2021 haben die Jungfreisinnigen Schweiz (JFS) die Parolen zu den letzten zwei von vier nationalen Vorlagen, über die am 13. Februar 2022 abgestimmt wird, gefasst. Gastgeber der Delegiertenversammlung war die Swiss Re am Mythenquai in Zürich. Weiter brachte das Referendum gegen das neue Filmgesetz («Lex Netflix») unzählige Jungfreisinnige auf die Strassen.

Die Tabakwerbeverbotsinitiative kommt einem Totalverbot von Tabakwerbung gleich. Es geht nicht an, dass legale Produkte nicht mehr beworben werden dürfen. Mit einem Tabakwerbeverbot wird ein Präzedenzfall geschaffen. Verbote dieser Art können in Zukunft die Fleisch- oder Flugwerbung betreffen. Generell ist die Tabakwerbung kein Treiber für den jugendlichen Tabakkonsum.



Klares Ja zum Stempelsteuergesetz.

Die Tier- und Menschenversuchsverbotsinitiative führt ihrerseits zu einer massiv schlechteren Gesundheitsversorgung in der Schweiz. Sie ist verheerend für die Schweizer Forschung und deren Innovationen. Der Schweizer Forschungs- und Ausbildungsstandort droht ins Ausland verlagert zu werden.

### Nein zum Medienpaket und Ja zur Abschaffung der Stempelabgabe

Zu den weiteren zwei Abstimmungsvorlagen haben die JFS ihre Parolen bereits zu einem früheren Zeitpunkt gefasst. Das geplante Massnahmenpaket zugunsten der Medien ist nicht nur Gift für die Meinungsfreiheit und die Meinungsvielfalt in der Schweiz, sondern unterminiert auch die Stellung der Medien als vierte Gewalt im Staate. Hinzu kommt, dass für solche Subventionen keine hinreichende Verfassungsgrundlage besteht, namentlich nicht für Onlinemedien.

Bezüglich der Emissionsabgabe auf Eigenkapital sind sich die JFS einig, dass es sich um einen alten Zopf handelt, der die gesamte schweizerische Volks-

wirtschaft unnötig bremst. Durch die Abschaffung der Emissionsabgabe werden wichtige Anreize und Impulse für zusätzliche Investitionen in und durch hiesige Unternehmen geschaffen. Im Übrigen beklagen die JFS, dass das Parlament die Teilabschaffung der Umsatzabgaben auf inländischen Wertschriften und auf ausländischen Obligationen wegen Drohhinhalten seitens Rot-Grün und der Gewerkschaften nicht umgesetzt hat.

### «Lex Netflix»: Omikron erschwert Unterschriftensammlung

Nach einem fulminanten Start im Oktober und von einer äusserst breiten Medienpräsenz begleitet, sahen sich das Komitee «Filmsteuer Nein» rund um die Jungfreisinnigen, die Junge SVP und die Junge GLP mit unausweichlichen Herausforderungen konfrontiert: Die Omikron-Variante rollt über die Schweiz und zwingt etliche Mitglieder, zu Hause zu bleiben. Zur Eindämmung der Pandemie beschloss der Bundesrat kurz vor Weihnachten erneut eine Homeoffice-Pflicht sowie weitere Massnahmen. Für die Sammlung sind diese vernichtend. Den widrigen Umständen zum Trotz haben sich Hunderte JFS-Mitglieder in der ganzen Schweiz so gut es geht auf die Strassen begeben und bei Minustemperaturen Unterschriften gegen das neue Filmgesetz gesammelt. Das Engagement wird sich hoffentlich auszahlen. Unter Vorbehalt des Zustandekommens kommt die Vorlage im Frühling vors Volk.

**Swen Gaberthüel**  
Generalsekretär Jungfreisinnige Schweiz

Claude Meier ist Direktor von HotellerieSuisse und kandidiert für den Grossen Rat des Kantons Bern.



# Tourismwirtschaft – Aus der Krise in die Zukunft

Gefragt sind Innovation und gute Rahmenbedingungen

Februar ist normalerweise Hochsaisonzeit im Schweizer Wintersport-Tourismus. Die entsprechende positive Stimmung ist aber getrübt. Nicht nur in den Bergen, sondern noch viel mehr in den Schweizer Städten. Die Pandemie macht auch im Jahr drei dem Tourismus schwer zu schaffen.

Der Schweizer Tourismus ist ein wichtiger Pfeiler der Schweizer Volkswirtschaft. Im Jahr 2019 betrug die Bruttowertschöpfung des Schweizer Tourismus rund 19,5 Mrd. Franken. Dies entspricht 2,8 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung der Schweiz. Die Tourismuswirtschaft ermöglicht in den Schweizer Städten, auf dem Land wie in den Bergen wichtige Arbeitsplätze. Allein das Gastgewerbe beschäftigt rund 240 000 Mitarbeitende.

## Krise trifft Tourismus hart

Der Tourismus zählt zu denjenigen Sektoren, welche am härtesten von den wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie betroffen sind. Im Jahr 2019 konnten noch rund 40 Millionen Logiernächte in der Schweizer Hotellerie verbucht werden, im Jahr 2020 dann ein massiver Rückgang von 40 Prozent. Auch für das Jahr 2021 ist ein Rückgang von gegen 30 Prozent im Vergleich zum Vorkrisenjahr auszuweisen. Für viele Arbeitgebende wie Arbeitnehmende sind dies ökonomisch wie emotional sehr herausfordernde Zeiten.

## Unternehmerisch sich anpassen

Der gesamtgesellschaftliche Digitalisierungsschub der vergangenen zwei Jahre wird den Business-Tourismus nachhaltig verändern. In der internationalen Geschäftswelt wird in Zukunft nicht mehr für jedes mögliche Meeting von London nach Genf oder von Paris nach Zürich gereist. Macht auch ökologisch völlig Sinn. Zudem werden gemäss gemachten Homeoffice-Erfahrungen Berufswelt und Freizeit bei vielen künftigen Gästen weiter enger verschmelzen. Die Tourismusunternehmen stellen sich diesen neuen Gästebedürfnissen und passen sich an. Mit Innovationsgeist und Qualität, der merklich höheren Integration von Technologie und Nutzung von digitalen Möglichkeiten, klaren unternehmerischen Positionierungen im Markt und mit deutlich höheren Standards bezüglich der Nachhaltigkeit.

## Auch die Politik ist gefordert

Solange die öffentliche Hand aufgrund der Pandemie staatliche Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit mittels Quarantänen, Einreisehindernissen, Schutzkonzept-

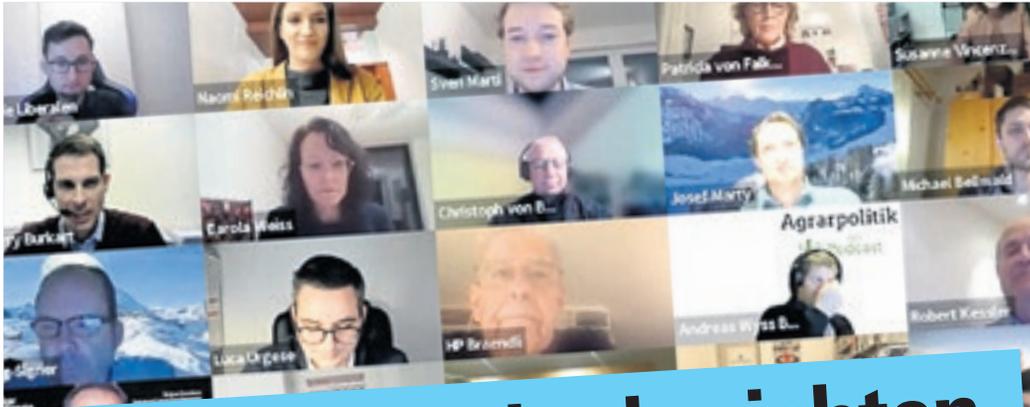
Vorgaben und einigen mehr vornimmt, sind die darunter leidenden Unternehmen über Härtefallgelder zu unterstützen. Mittel- bis langfristig braucht es weiter eine Politik, welche Tourismus – gerade in den Städten – nicht abwürgt oder behindert, sondern zulässt und fördert. Mit der Annahme des Zweitwohnungsgesetzes und den damit verbundenen wirtschaftlichen Einschränkungen braucht es im Interesse des Bergtourismus die nötige Unterstützung, um den Strukturwandel in den Bergregionen zu fördern und nicht weiter zu bremsen. Als standortgebundene Exportwirtschaft und personalintensiver Wirtschaftssektor sind wir darauf angewiesen, dass der Faktor Arbeit nicht ständig durch Steuern und Abgaben weiter belastet wird. Um das inländische Fachkräftepotenzial für den Tourismus besser auszuschöpfen, sind weitere Investitionen und Anreize zur Förderung für das lebenslange Lernen gerade im Bereich der Basisqualifikationen und der beruflichen Grundbildung nötig. Es gilt jetzt, die Chancen zu erkennen und das Tourismusland Schweiz auf die Zeit nach der Krise vorzubereiten.

## Claude Meier

Direktor HotellerieSuisse  
und FDP-Grossratskandidat Stadt Bern  
[www.meier-claude.ch](http://www.meier-claude.ch)

## Digitaler Sessionsrückblick

Grosses Interesse am letzten digitalen Sessionsrückblick im Dezember.



# Parlamentarier berichten aus Bundesbern

Persönlicher Austausch nach jeder Session

Im letzten Jahr wurde der digitale Sessionsrückblick lanciert. Dieser fand viel Zuspruch und wird daher auch im neuen Jahr regelmässig durchgeführt.

Beim digitalen Sessionsrückblick wird gemeinsam die jeweilig vergangene Session resümiert. So beispielsweise beim letzten Treffen am 20. Dezember 2021, an dem Parteipräsident Thierry Burkart und die neue Nationalrätin Patricia von Falkenstein ihre Erlebnisse zum Besten gaben. Ebenfalls dazu gehört ein thematischer Schwerpunkt, bei wel-

chem Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher die Initiative zur Individualbesteuerung vorgestellt hat.

### Fragerunde und Diskussion

Einen besonderen Fokus erhalten dabei die offene Fragerunde und die gemeinsame Diskussion. Da-

bei wird versucht, auf so viele Inputs der Teilnehmenden einzugehen wie möglich. Die anwesenden Parlamentarier und Gäste freuen sich über jede Frage und geben gerne diverse Anekdoten aus dem Sessionsalltag preis.

Verpassen Sie daher den nächsten digitalen Sessionsrückblick auf keinen Fall. Dieser findet immer am Montag nach der Session, von 18 bis 19 Uhr, statt. Tragen Sie sich jetzt in den Newsletter ein, um über künftige Treffen stets informiert zu bleiben. Scannen Sie dazu den QR-Code mit Ihrem Smartphone.

**Philipp Gasser**

Mitarbeiter Wahlkampf/Campaigner

### Digitale Sessionsrückblicke im Jahr 2022

Montag, 21. März

Montag, 20. Juni

Montag, 3. Oktober

Montag, 12. Dezember



**FDP**  
Die Liberalen

Wollen wir ein Nanny-Staat?

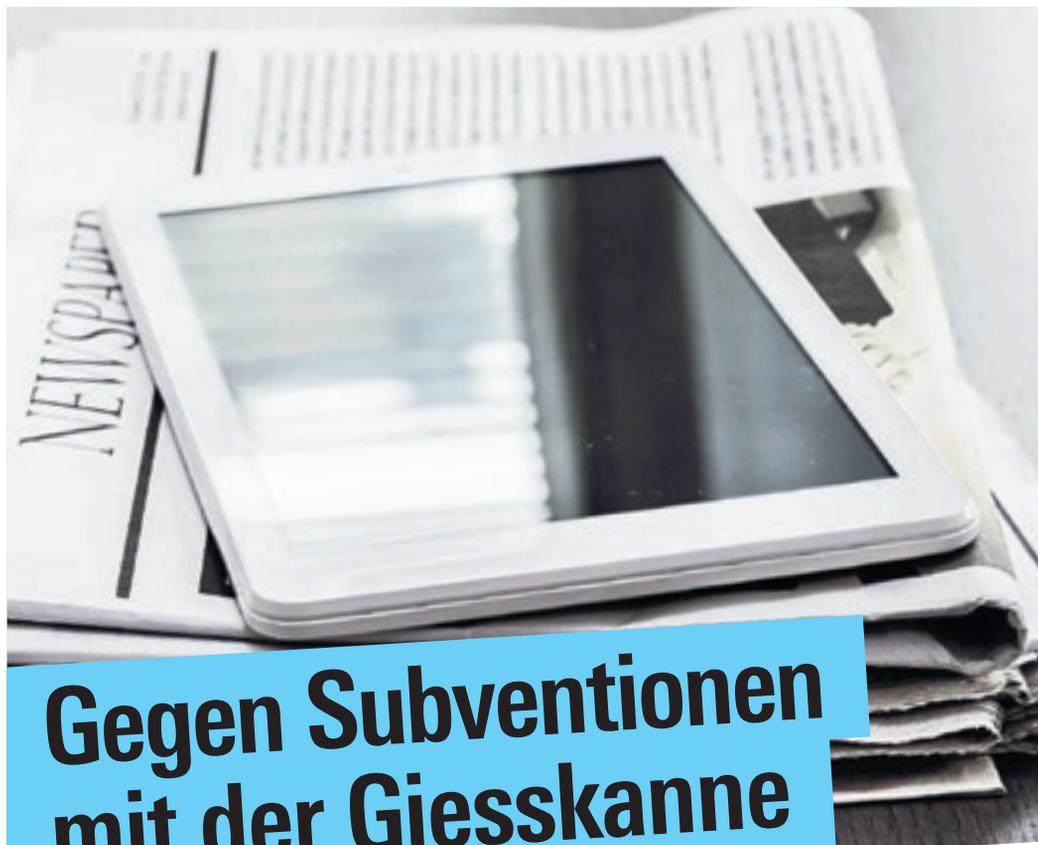
**NEIN** zur  
**Tabakwerbe-**  
**verbot-Initiative**

am 13. Februar 2022



Sowohl digitale wie auch gedruckte Medien würden in den Genuss üppiger Fördergelder kommen.

Foto: iStock/seb\_ra



## Gegen Subventionen mit der Giesskanne

Nein zum Mediengesetz

Das Medienpaket, das vom Parlament verabschiedet wurde, ist eine gravierende Fehlkonstruktion. Die überbordenden Subventionen für die Medien erschweren der Branche ihre Rolle als vierte Gewalt im Staat und hemmen Innovationen.

Die indirekte Medienförderung wie zum Beispiel die ermässigte Zustellung von Zeitungen und Zeitschriften sowie das Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG) wurden von der FDP stets unterstützt. Bei der jetzigen Vorlage wurde jedoch völlig übers Ziel hinausgeschossen und ein verheerendes Mediengesetz gezimmert. Statt den privaten Medien mehr Raum zu geben, sollen alle Mediengattungen einfach reichlich mit Geld überschüttet werden. In der indirekten Förderung sind 120 Mio. Franken pro Jahr vorgesehen. Diese Giesskannen-Subventionen für die sogenannte vierte Gewalt sind störend. Wenn Medien sich an den Staatstropf hängen wollen, verlieren sie ihre Unabhängigkeit.

### Gut situierte Verlagshäuser

Doch warum der Ruf nach Staatsgeldern? Angesichts der soliden Ergebnisse der Medienhäuser eine Frage, die sich nicht beantworten lässt. Trotz Corona-Pandemie schreiben alle Medienhäuser

äusserst solide Zahlen. Es gibt keinen Grund für Staatsgelder. Selbst die Nachrichtenagentur SDA ist finanziell stark unterwegs. Zwar resultiert im Geschäftsjahr 2020 ein Verlust von 1,62 Mio. Franken, doch in den drei Vorjahren wurde ein Gewinn von insgesamt 6,43 Mio. Franken erzielt. Erst kürzlich im Jahr 2018 nach der Fusion mit Keystone liessen sich die Aktionäre (Medienhäuser) eine satte Sonderdividende von 12 Mio. Franken auszahlen. Um die SRG muss man sich sowieso nicht sorgen. Diese kriegt unabhängig vom Mediengesetz weiterhin 1,2 Mrd. Franken. Hinzu kommen 180 Mio. Franken aus Sponsoring und Werbung.

### Geldschwemme für Online-Medien

Grotesk mutet die neue Medienzüchtung im Bereich der Onlinemedien an. Es ist im Gesetz vorgesehen, dass ein solches Medium für jeden Franken Umsatz bis zu 60 Rappen gleich noch aus der Staatskasse dazu erhält, insgesamt 30 Mio. Fran-



«Beissen die Medien noch die Hand, die sie füttert? Wohl kaum.»

Christian Wasserfallen  
Nationalrat BE

ken pro Jahr. Waren Onlinemedien bis jetzt ohne Staatsgelder etwa nicht überlebensfähig? Das ist brandgefährlich und führt in unumkehrbare Abhängigkeiten vom Staat.

Fast hilflos, wenn nicht sogar rückwärtsgewandt mutet die Dauer der Gesetzgebung an. Bis diese in Kraft gesetzt und die Gültigkeitsdauer von sieben Jahren vorbei ist, schreiben wir bald das Jahr 2030. Der Bundesgesetzgeber definiert im äusserst dynamischen Umfeld also eine fixe Medienwelt bis Ende des Jahrzehnts. Darüber kann man nur den Kopf schütteln, wenn man in Betracht zieht, dass erst 2007 zum Beispiel das erste iPhone auf den Markt kam und die ganze Medienwelt völlig umkremelte. Was ist in fünf Jahren oder gar 2030? Niemand weiss es genau. Fakt ist, dass dieses starre Gesetz mit dem medialen Wandel niemals Schritt halten kann. Es droht ein Stillstand. Fakt ist aber auch, dass in der Schweiz eine einmal eingeführte Subvention nie mehr abgeschafft wird. Deshalb ist ein Nein zum missratenen und rückwärtsgewandten Mediengesetz zentral für das Funktionieren der vierten Gewalt im Staat. Nur unabhängige Medien beissen zu. Manchmal schmerzt das auch mich. Das ist gut so.

Christian Wasserfallen, Nationalrat BE



# Unternehmertum jetzt stärken

Ja zur Abschaffung der Emissionsabgabe  
auf Eigenkapital

Mit einem Ja am 13. Februar kann die Schweiz eine längst überholte Steuer endlich abschaffen und gleichzeitig KMU, Start-ups und weitere Unternehmen in der aktuell schwierigen Lage stärken. Die FDP forderte bereits vor über zehn Jahren die schrittweise Abschaffung der Stempelsteuern. Mit der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital will die FDP Investitionen in Schweizer Unternehmen erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Werkplatzes verbessern.

Praktisch alle Unternehmen, vom Start-up über KMU bis zu Grossfirmen, erhöhen im Laufe ihrer Tätigkeit ihr Eigenkapital. Tun sie dies, müssen die Unternehmen eine Emissionsabgabe in der Höhe von 1 Prozent auf die Eigenkapitalerhöhung bezahlen. Dieselbe Steuer wird fällig, wenn Unternehmen gegründet werden und Eigenkapital benötigt wird. Die Emissionsabgabe, eine von drei in der Schweiz existierenden Stempelabgaben, ist ein Relikt. Sie wurde 1917 zur Deckung der Mobilisationskosten eingeführt und passt nicht mehr ins Steuersystem des 21. Jahrhunderts. Vergleichbare Abgaben, die es in wenigen anderen europäischen Ländern noch gibt, funktionieren nach anderen Prinzipien. Sie beschränken die negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Einzig die Schweiz erhebt eine Emissionsabgabe auf Eigenkapital.

### Eigenkapital macht widerstandsfähig

Mit der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital will die FDP Investitionen in Schwei-

zer Unternehmen erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Werkplatzes verbessern. Die Emissionsabgabe auf Fremdkapital wurde bereits vor zehn Jahren abgeschafft. Somit besteht ein bedenkliches Ungleichgewicht zwischen Fremd- und Eigenfinanzierung. Wer sich verschuldet, wird belohnt. Wer auf Eigenfinanzierung setzt, wird mit einer Abgabe bestraft. Der Bundesrat hat wiederholt erklärt, dass er die Emissionsabgabe für standortschädlich und obsolet hält. Zudem sind Unternehmen mit gut bemessenem Eigenkapital gegenüber fremdfinanzierten Betrieben in einer Krise widerstandsfähiger.

### KMU und Start-ups sind besonders betroffen

Die neusten Zahlen des Bundesrates zeigen, dass über 2000 Unternehmen eine Emissionsabgabe bezahlen, davon sind fast 90 Prozent KMU. Die Freigrenze für die Abgabe liegt bei 1 Mio. Franken. Diese Freigrenze gilt für das gesamte Kapital, das während der Lebensdauer eines Unternehmens eingebracht wird und nicht für jede Kapitalerhö-



hung neu. Demnach ist ein Unternehmen, das mit 500 000 Franken Kapital gegründet wird und in den Folgejahren das Eigenkapital erhöhen will, rasch steuerpflichtig. Das trifft viele KMU und Start-ups im ungünstigsten Moment. Für Unternehmen, die von der Corona-Pandemie betroffen sind, wiegt die Emissionsabgabe besonders schwer. Gerade in Krisenzeiten müssen Unternehmen ihr Eigenkapital erhöhen, um Verluste auszugleichen und Widerstandskraft aufzubauen. Grosse Schweizer Unternehmen können sich über ihre ausländischen Töchter im Ausland finanzieren – ohne Stempelsteuer! KMU und Start-ups, welche diese Möglichkeit nicht besitzen, werden hingegen für ihre unternehmerischen Tätigkeiten mit einer Abgabe bestraft.

### Abschaffung ist eine Investition in den Werkplatz Schweiz

Ungemach droht auch durch die angekündigte Reform der OECD, die Mindeststeuern für Unternehmen vorsieht. Damit das Schweizer Erfolgsmodell weiterhin Bestand hat, müssen die Wettbewerbsfähigkeit und der Werkplatz gestärkt werden. Eine im Juli 2019 erschienene Studie von BAK Economics kommt zum Schluss, dass sich die Abschaffung der Emissionsabgabe, gekoppelt mit einer Reform der Verrechnungssteuer, auch für die Staatskasse ausbezahlen würde. Das BIP der Schweiz würde über zehn Jahre zusätzlich um rund 1,4 Prozent steigen. Das entspricht ungefähr 22 000 neuen Vollzeitstellen. Demgegenüber kostet die Emissionsabgabe die Unternehmen derzeit rund 250 Mio. Franken pro Jahr! Die Abschaffung dieser standortschädlichen, überholten Steuer ist daher eine Investition in Arbeitsplätze und Wohlstand. Der Bundesrat, das Parlament sowie die freisinnige Fraktion unterstützen die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Mit Ihrem Ja am 13. Februar stärken Sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz sowie den Schweizer Werkplatz.

Thierry Burkart, Ständerat AG

Die FDP kämpft gegen Werbeverbote.

Foto: iStock/vlado85rs



## Es droht ein faktisches Werbeverbot

Nein zur extremen Tabak-Initiative

Am 13. Februar stimmen wir über die Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» ab. Dass Kinder nicht rauchen sollen, ist unbestritten. Die Initiative ist jedoch überflüssig und extrem und darum klar abzulehnen.

Die Initiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)» verlangt das Verbot jeder Art von Werbung für Tabakprodukte, die Kinder und Jugendliche erreicht. Faktisch bedeutet dies ein komplettes Werbeverbot, und zwar nicht nur für klassische Zigaretten oder Zigarren, sondern auch für neue Ersatzprodukte wie elektronische Zigaretten. Begründet wird dies damit, dass Jugendliche vor allem deshalb zu rauchen begännen, weil sie gezielt der Werbung ausgesetzt würden.

### Jugendschutz bereits gewährleistet

Um es gleich vorwegzunehmen: Niemand ist dafür, dass Kinder und Jugendliche rauchen. Die schädlichen Auswirkungen des Rauchens sind umfassend dokumentiert, ebenfalls ist das Suchtpotenzial bekannt. Viele Erwachsene, die rauchen, taten dies bereits als Jugendliche. Gar nicht erst mit Rauchen zu beginnen, ist somit unbestrittenermassen sinnvoll. Das Parlament hat deshalb auch bereits Massnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen getroffen. Diese sind im neuen Tabakproduktegesetz enthalten, welches unabhängig von der Initiative in Kraft tritt. Es sieht ein Verkaufsverbot von Tabakprodukten an unter 18-Jährige vor und die Möglichkeit, zur Durchsetzung dieses Verbots Testkäufe durchzuführen. Ebenfalls verboten ist Werbung, die sich an Kinder und Jugendliche richtet, sowie unter anderem in

Kinos, auf Plakaten oder in öffentlichen Verkehrsmitteln. In Radio und Fernsehen darf bereits heute nicht für Zigaretten geworben werden. Die Initiative ist also erstens überflüssig.

### Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit

Zweitens und aus liberaler Sicht wohl fast bedeutender: Werbeverbote für legal erhältliche Produkte haben in einer freien Marktwirtschaft nichts zu suchen, denn sie stellen einen massiven Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit dar. Zigaretten sind im freien Verkauf in jedem Kiosk, an jeder Tankstelle, in Restaurants etc. erhältlich. Es muss deshalb den Unternehmen, die diese produzieren, auch möglich sein, sie zu bewerben. Es geht nicht an, für ein Produkt, das aus Sicht gewisser Gruppen unerwünscht ist, faktisch die Kommunikation mit potenziellen Kunden zu verbieten. Da wäre es ehrlicher, gleich die Produktion und den Vertrieb und womöglich auch den Konsum eines solchen Produktes zu verbieten, letztlich wohl auch das, was die Initianten eigentlich bezwecken. Das Beispiel Tabakwerbeverbot scheint jedoch Schule zu machen. Bereits hört man Forderungen nach Werbeverböten für Fleisch. Die Tendenz, der Bevölkerung vorschreiben zu wollen, was sie essen, trinken, konsumieren darf (Stichworte «weniger Fett», «weniger Zucker»), zeigt sich vermehrt in Verboten von Marketingmassnahmen und nicht in direkten Produktever-



«Werbeverbote für legal erhältliche Produkte haben in einer freien Marktwirtschaft nichts zu suchen.»

Regine Sauter  
Nationalrätin ZH

boten. Auch diesem Vorgehen durch die Hintertür ist entschieden Einhalt zu gebieten.

### Werbung schafft auch Arbeitsplätze

Drittens ist die Initiative wirtschaftsschädlich. Werbebeschränkungen treffen immer auch die Werbeindustrie. Sie treffen aber nicht zuletzt auch die Medien, die auf Einnahmen aus Inseraten angewiesen sind. Gerade hier zeigt sich, wie extrem die Initiative ist: Selbst in Zeitungen und Zeitschriften wie der NZZ oder der «Bilanz» oder auch auf den Websites dieser Medien wären Werbung für Tabakprodukte verboten, weil nicht ausgeschlossen werden kann, dass auch Kinder sie sehen. Und schliesslich, auch wenn es nicht gerne gehört wird, die Tabakindustrie schafft auch in der Schweiz Arbeitsplätze. Diese scheint man zu dulden – ebenso wie man die Einnahmen aus der Tabaksteuer für die AHV gerne entgegennimmt. Die Initiative ist letztlich somit auch ein wenig heuchlerisch.

Aus all diesen Gründen ist die Initiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» klar abzulehnen. Wo nötig, hat das Parlament gehandelt. Weitere Bevormundungen der Bevölkerung braucht es nicht.

Regine Sauter, Nationalrätin ZH

## Abstimmung

Die Initiative hätte negative Folgen für die Forschung in der Schweiz.

Foto: iStock/Niphon Khiawprommas

# Extremes Begehren bedroht die Forschung

## Nein zur Tier- und Menschenversuchsverbotsinitiative

Wenn Tierversuche in der Schweiz vollständig verboten werden, wäre der Schaden für den Forschungsstandort sowie die Gesundheitsversorgung gross. Bereits mit den heutigen hohen Standards gibt es verschiedene Bemühungen, Tierversuche zu reduzieren.

Die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» zielt darauf ab, alle Tier- und Menschenversuche in der Schweiz zu verbieten. Darüber hinaus sollen auch der Handel, die Einfuhr und Ausfuhr von Produkten, die aus Tier- oder Menschenversuchen stammen, verboten werden. Selbst für Produkte, für die es keine Alternativen gibt. Es würde ausreichen, dass in einem einzigen Schritt des Prozesses ein Tier- oder Menschenversuch durchgeführt wurde, um das Produkt zu verbieten, unabhängig davon, ob dies dem Wohl des Menschen dient. Die Initiative betrachtet das Tier als unantastbar und stellt es über die Gesundheit des Menschen. Sie versteigt sich dazu, dass Tierversuche als Tierquälerei oder sogar als Verbrechen klassifiziert werden.

### Gravierende Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung

Wenn die Initiative angenommen würde, könnten neue Medikamente weder in der Schweiz entwickelt noch hierhin importiert werden. Bei einer Annahme ist mit schwerwiegenden Qualitätseinbu-

sen in der Behandlung zu rechnen. Die notwendigen Behandlungen oder Medikamente würden sich mittelfristig nur noch im Ausland finden lassen, und nicht jede und jeder wird sich den Luxus des Gesundheitstourismus leisten können. Um ein aktuelles Beispiel zu nennen: Ohne Tier- und Menschenversuche wäre die Entwicklung des Impfstoffs gegen Covid-19 nicht möglich gewesen. Bei einer Annahme der Initiative wäre der Impfstoff in der Schweiz verboten, was die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie massiv verschärft hätte.

### Forschungsstandort Schweiz in Gefahr

Die Schweiz ist ein wichtiger Forschungs- und Innovationsstandort. Bei einer Annahme der Initiative wäre dieser akut gefährdet und würde für Investoren unattraktiv. Durch die Verringerung der Standortattraktivität würden Arbeitsplätze gefährdet werden. Zur Erinnerung: Allein die Pharmaindustrie beschäftigt 46 500 Arbeitnehmende in der Schweiz. Dazu kommen die vor- und nachgelagerten Industriezweige und ihre Arbeitsplätze. Die Attraktivität des Schweizer Standorts ist somit



Matthias Michel setzt sich gegen die Initiative ein.

gefährdet. Dazu kommt, dass die Initiative gegen internationale Handelsabkommen verstösst, die die Schweiz unterzeichnet hat und einhalten muss.

### Weniger Tierversuche als Ziel

Der Schutz von Tieren und ihr Wohlergehen ist ein Anliegen, das in der Schweiz ernstgenommen wird. So besteht bereits heute eine sehr strenge Gesetzgebung. Es werden auch verschiedene Projekte unterstützt, um Tierversuche zu reduzieren und schrittweise zu ersetzen. Mehrere Universitäten, die Pharmabranche, das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen sowie der Schweizer Tierschutz tragen dazu bei. Mit der Initiative und ihren extremen und völlig realitätsfernen Forderungen würde man diese Projekte torpedieren. Auch aus diesem Grund lehnen alle erwähnten Kreise die Initiative deutlich ab.

Matthias Michel, Ständerat ZG

Lucio Sansano (vorne rechts) mit den Jungfreisinnigen Baselland nach einer erfolgreichen Sammelaktion zur Renteninitiative im Frühling 2021. Fotos: Jungfreisinnige Baselland



## Politik auf der Strasse – Chance für den Freisinn

Wirksame Begegnungen beim Unterschriftensammeln

Lucio Sansano, Master-Mentee der FDP Schweiz, Präsident der Jungfreisinnigen Baselland und Wohnerrat der FDP Reinach, ist überzeugt: «Wir müssen den direkten Austausch mit der Bevölkerung suchen. Nur so gewinnen wir langfristig wieder an Wählergunst.»

Populismus? Für Freisinnige ein Fremdwort! Anders als gewisse Polparteien verzichtet die FDP auf polemisch geführte Kampagnen und bemüht sich stets sachlich um liberale Antworten auf die drängenden Fragen, die uns derzeit beschäftigen: Wie sichern wir unsere Altersvorsorge? Wie gelingt es uns, dass die Arbeitsplätze der Zukunft in der Schweiz geschaffen werden? Wie können wir das Netto-null-Ziel bis 2050 mit Anreizen, Fortschritt und neuen Technologien erreichen? Obwohl die Art und Weise des Politisierens der FDP ein Mitgrund war, weshalb ich der Partei vor rund drei Jahren beigetreten bin, bin ich der festen Überzeugung, dass es nicht mehr reicht, Positionen an Parteitagen, Mitgliederversammlungen oder Vorstandstreitungen zu beschliessen und in politischen Gremien hinter verschlossener Türe zu politisieren. Dies überzeugt die Bevölkerung nicht (mehr) von unseren liberalen Antworten.

### Den direkten Austausch suchen

Wir Jungfreisinnige waren mit kurzer Corona Pause über 1,5 Jahre auf der Strasse und haben Unter-

schriften für unsere Renteninitiative gesammelt, die eine nachhaltige und eben liberale Antwort auf eine der zentralsten Fragen für die Schweiz und insbesondere uns Junge liefert. Nur wenige Wochen nach der Einreichung sind wir bereits wieder auf der Strasse und sammeln für das Referendum gegen die neue Filmsteuer (Lex Netflix), während gleichzeitig die FDP Frauen Unterschriften für die Volksinitiative für die Einführung der Individualbesteuerung sammeln. Die unzähligen Stunden, die ich auf den Strassen verbrachte und Unterschriften für diese Volksbegehren sammelte, zeigten mir: Das Allerwichtigste ist der direkte Austausch.

Um die Bevölkerung von unseren liberalen Antworten zu überzeugen, müssen wir raus. Wir müssen aktiv den Austausch mit den Menschen suchen, ihnen zuhören und ihnen unsere liberalen Ideen im direkten Gespräch näherbringen. Was eignet sich da besser als eine Unterschriftensammlung? Samstag für Samstag stand ich draussen, sprach Hunderte von Menschen an und trug meine Argumente



Lucio Sansano im Gespräch beim Sammeln für die Renteninitiative.

für ein höheres Rentenalter, für ein neues Besteuerungsmodell oder gegen eine unsägliche Filmquote vor. Nur um nach zwei Stunden 25 Unterschriften gesammelt zu haben. Das ist härteste Knochenarbeit. Aber: Die Begegnungen und Gespräche sind unbezahlbar und sehr lehrreich.

### Drei zentrale Projekte für den Schweizer Freisinn

Diese drei zuvor genannten Volksbegehren sind meines Erachtens eindeutig die drei wichtigsten Projekte für den Schweizer Freisinn. Denn sie haben eines gemeinsam: Sie sind oder sollen der Tatbeweis sein, dass wir Freisinnige initiativ- und referendumsfähig sind. Zu lange haben wir Volksinitiativen und Referenden den Polparteien überlassen. Das Resultat: Wir stimmen immer und immer wieder über klassenkämpferische Initiativen der Juso ab oder haben zu befürchten, dass die marode AHV – unser wichtigstes Sozialwerk – aufgrund einer Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ausgebaut anstatt saniert wird. Kurzum: Konstruktive und sachliche Diskussion über die drängenden Herausforderungen unserer Zeit werden verunmöglicht.

Ich bin überzeugt, dass der liberale Aufbruch nur gelingt, wenn diese drei Projekte keine Einzelfälle bleiben und wir auch in Zukunft den direkten Austausch mit der Bevölkerung suchen. Wenn wir im direkten Austausch für unsere liberalen Ideen einstehen, werden wir langfristig wieder an Wählergunst gewinnen. Denn unsere Ideen erfüllen den Praxistest und führen die Schweiz in eine erfolgreiche Zukunft. Wir müssen sie nur noch an den Mann und die Frau bringen.

**Lucio Sansano, Master-Mentee,  
Präsident Jungfreisinnige Baselland  
und Wohnerrat Reinach BL**

Die polnische Metropole Warschau war Austragungsort der Alde-Workshops. Foto: iStock/Radosław Pachowicz



Während der Workshops fand der Austausch in verschiedenen Gruppenarbeiten statt. Foto: Philipp Gasser

Ende November fanden in Warschau die «Alde Accelerator»-Tage statt. Am Kongress der Allianz der liberalen Parteien Europas nahmen mit Philipp Gasser, Arnaud Bonvin und Kenny Käch auch drei Mitarbeiter des FDP-Generalsekretariats teil. Sie besuchten die Workshops «Digital Engagement», «Social Media and Communications» und «Organizing and Field Campaigning».

Der Koffer gepackt, den Impfausweis gefunden, das Einreiseformular ausgefüllt – der Reise in die Hauptstadt Polens stand nichts mehr im Weg. Der erste Tag war geprägt vom Thema «Organizing». In knapp drei Stunden wurde uns gezeigt, wie man erfolgreich eine Gruppe von freiwilligen Wahlkampf Helfern mobilisiert, motiviert und koordiniert. Immer wieder wurde dabei auf das Schneeballsystem beim Akquirieren von Freiwilligen verwiesen. Es ist erfolgsversprechender, wenn man gezielt einzelne Personen anspricht und motiviert, so dass diese ihren Freundeskreis mitziehen. «Someone has to show how to take action» – Man soll als inspirierendes Vorbild agieren.

Daneben lag der Fokus auch auf das Adaptieren von neuen Techniken und wie man es richtig bzw. falsch macht. Besonders der Door-to-Door-Wahlkampf war hier ein Thema. So meinte ein Teilnehmer, dass dieser in seinem Land nicht funktionieren werde, da die Kultur gänzlich eine andere sei. Diese Befürchtung wurde sogleich aus der Welt geschafft: Es gibt keine Situation, in der die Kultur persönliche Begegnungen im Wahlkampf verhin-

dert. Die Kunst liegt darin, das Instrument an die lokalen Gegebenheiten anzupassen.

### Corona und der Digitalisierungsschub

Der nächste Tag startete gleich mit zwei praktischen Beispielen. Die norwegische Partei «Venstre» und die rumänische «USRPLUS» referierten über ihren erfolgreichen Wahlkampf während Corona. Besonders der Fortschritt von digitalen Aspekten war prägend. Die Norweger führten zum ersten Mal digitale Meetings durch und in Rumänien setzt man vermehrt auf einen Whatsapp-Wahlkampf. Die Krise wurde als Chance genutzt und neue Techniken wurden entwickelt, erfolgreich angewendet und beibehalten. Trotzdem wurden auch auf die herkömmlichen Instrumente nicht verzichtet: Flyer, Door-to-Door- und Standaktionen.

Freiwillige Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer sind das A und O eines Wahlkampfes. So fand ein Workshop statt, mit Tipps und Tricks Personen zu finden, Schlüsselpositionen übernehmen zu lassen und diese zu führen. Denn einer allein kann nicht erfolgreich eine ganze Truppe führen, zu auf-

wendig ist der organisatorische Aufwand. Schlussendlich benötigt man aber Energie, richtiges Gespür und Empathie.

### Die PS auf den Boden bringen

Am eindrücklichsten waren die Gespräche mit dem Vertreten der anderen Parteien. Ich erklärte dabei mehrmals, wie unser Föderalismus funktioniert und worüber wir als Nächstes abstimmen. Was mir aber deutlich vor Augen geführt wurde, ist, dass die FDP Schweiz im internationalen Vergleich gut aufgestellt ist. Die Finnen haben Mühe mit der Zweisprachigkeit, die Belgier mit den unterschiedlichen Kulturen und die Österreicher mit den eigenen Leuten. Die PS sind bei uns vorhanden, wir müssen sie nur richtig auf den Boden bringen.

### Verschiedene Länder, verschiedene Herausforderungen

Im Workshop «Social Media & Kommunikation» ging es um den Austausch mit Vertretern anderer Länder und wie ihre Parteien die verschiedenen Kommunikationskanäle nutzen. Auffallend war, dass es in allen Ländern verschiedene Herausforderungen gibt. Manche haben zu wenig Zeit, alle Kanäle zu verwalten, andere haben Mühe, ihre Parlamentarier für Aktivitäten zu motivieren. Auch die FDP wirkt auf die anderen Parteien wie ein Alien, wenn wir erklären, dass wir mit zwei oder drei Sprachen jonglieren und das stets berücksichtigen müssen.

Wiederkehrendes Thema im Workshop war die Wichtigkeit von Storytelling sowie Inhalten und deren Verbreitung auf verschiedenen Kanälen. Da die Ressourcen nicht unendlich sind, ist es wichtig, Inhalte auf verschiedenen Kanälen zu nutzen. Während für uns Messengerdienste wie Telegram, Whatsapp und Threema grosses Potenzial für die politische Kommunikation haben, setzten andere Parteien verstärkt auf Instagram. Unbestritten ist, dass Audio, Video und Bilder wichtige Ausgangspunkte für Inhalte sind.

**Philipp Gasser, Mitarbeiter Wahlkampf/Campaigner**  
**Arnaud Bonvin, Kommunikationschef**

## Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



JA

**Änderung des Bundesgesetzes  
über die Stempelabgaben**



NEIN

**Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket  
zugunsten der Medien**



NEIN

**Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder  
und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder  
und Jugendliche ohne Tabakwerbung)»**



NEIN

**Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschen-  
versuchsverbot – Ja zu Forschungswegen  
mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»**

## AGENDA

**12. Februar 2022, Montreux**  
Delegiertenversammlung

**25. Juni 2022, Uri**  
Delegiertenversammlung

**22. Oktober 2022**  
Delegiertenversammlung

### Jetzt Masken bestellen



Schutzmasken sind momentan noch unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter [www.fdp.ch/shop](http://www.fdp.ch/shop) bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.

KOLUMNE

## Linkes Kaffeleser



Im Sinne eines Monitorings schaue ich regelmässig Mailings und Social-Media-Posts von Politikerinnen und Aktivisten linker Parteien an. Dabei muss ich ab und zu die Stirn runzeln. Da schrieb zum Beispiel Cédrick Wermuth (Co-Präsident SP) auf Facebook, er habe kürzlich für seinen Kaffee Mehrwertsteuern bezahlt. «Wieso sollen Unternehmen keine Emissionsabgaben mehr zahlen?», fragte er sinngemäss. Ich meine: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich. Nur weil man Geld von einem Bankkonto für eine Aktienkapitalerhöhung auf ein Firmenkonto einzahlt, wurde dadurch allein noch kein Mehrwert geschaffen. Entscheidend ist zum Beispiel, ob aus dieser Kapitalerhöhung Arbeitsplätze entstehen.

Aus diesem Grund ist der Gedankengang von Cédrick Wermuth absurd. Polemisch könnte man zurückfragen: «Lieber Cédrick, soll man etwa eine Steuer zahlen, wenn man Geld auf sein Sparkonto einzahlt?»

Die Abschaffung der Emissionsabgabe, über die wir am 13. Februar 2022 abstimmen, vereinfacht es, neues Kapital zu bilden. Gerade in einer anhaltenden Krise ist das ein richtiges Signal. Ein Signal, dass der Staat niemanden zusätzlich besteuern will, nur weil er die Kapitalbasis und damit die Firma stärken will.

Dass der SP-Chef mit sinnlosen Vergleichen die Abstimmung gewinnen will, sagt viel darüber aus, wie tief seine argumentativen Ansprüche gesunken sind.

**Andri Silberschmidt**  
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

# KMU stärken

## Unsinnige Steuer abschaffen



**JA** 13. Februar

Änderung  
Stempelabgaben-Gesetz

**FDP**  
Die Liberalen

---